



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 25. Oktober 2001 (06.11)
(OR. en/fr/es)**

13228/01

LIMITE

FISC 218

AUFZEICHNUNG DES VORSITZES

für	die Gruppe "Verhaltenskodex" (Unternehmensbesteuerung)
am	8. November 2001
<u>Betr.:</u>	Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)
	– Entwurf eines Berichts an den Rat "Wirtschaft und Finanzen" (Tagung am 4. Dezember 2001)

Einleitung

1. Der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben am 1. Dezember 1997 eine EntschlieÙung über einen Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung angenommen. In dieser EntschlieÙung ist vorgesehen, dass im Rahmen des Rates eine Gruppe eingesetzt wird, die die steuerlichen Maßnahmen, die möglicherweise unter diesen Kodex fallen, beurteilt.
2. Am 9. März 1998 hat der Rat die Einsetzung der Gruppe "Verhaltenskodex" bestätigt.
3. Die Gruppe hat regelmäßig über die von ihr beurteilten Maßnahmen Bericht erstattet. Die betreffenden Berichte wurden dem Rat zur Erörterung vorgelegt. Dem Rat "Wirtschaft und Finanzen" wurde auf seinen Tagungen vom 1. Dezember 1998 und vom 15. Mai 1999 jeweils ein Zwischenbericht der Gruppe "Verhaltenskodex" vorgelegt (Dok. 12530/98 FISC 164 und 8231/99 FISC 119). Anschließend hat die Gruppe dem Rat "Wirtschaft und Finanzen" auf seiner Tagung am 29. November 1999 einen Bericht vorgelegt, in dem das Ergebnis der Beurteilung der unter den Kodex fallenden 271 steuerlichen Maßnahmen, von denen 66 Maßnahmen von der Gruppe als schädlich eingestuft wurden, dargelegt ist (Dok. SN 4901/99).

4. Im November 2000 hat die Gruppe "Verhaltenskodex" dem Rat "Wirtschaft und Finanzen" (Tagung am 26./27. November 2000) einen Sachstandsbericht über ihre Arbeit vorgelegt (Dok. 13563/00 FISC 193).
5. Am 5. Juni 2001 wurde dem Rat "Wirtschaft und Finanzen" ein weiterer Sachstandsbericht über die Arbeit der Gruppe "Verhaltenskodex" unter schwedischem Vorsitz unterbreitet. In seinen Schlussfolgerungen zum Steuerpaket (Dok. 9553/01 FISC 106) hat der Rat diesen Bericht im Zusammenhang mit dem Punkt "Verhaltenskodex" zur Kenntnis genommen und
 - *das in Anlage I des Berichts der Gruppe wiedergegebene Arbeitsprogramm betreffend Transparenz und Auskunftserteilung in Bezug auf Verrechnungspreise gebilligt und die Gruppe gebeten, ihre Arbeiten betreffend das Stillhalten und die Rücknahme voranzutreiben und dem Rat bis Ende des Jahres über die erzielten Fortschritte zu berichten.*
6. Wie in den Schlussfolgerungen des Rates "Wirtschaft und Finanzen" vom 9. März 1998 gefordert, wurden im Bericht der Gruppe an den Rat "Wirtschaft und Finanzen" vom 29. November 1999 entweder die einstimmige Auffassung der Mitglieder der Gruppe oder aber die verschiedenen, im Diskussionsverlauf zum Ausdruck gebrachten Standpunkte dargelegt. Wurde in diesem Bericht auf "die Gruppe" Bezug genommen, so bedeutete dies, dass ein breiter Konsens bestand, sofern kein einstimmiges Einvernehmen erzielt wurde, wobei abweichende Haltungen gegebenenfalls in den Fußnoten dargelegt wurden. Im Einklang mit dem Bericht der Gruppe für die Tagung des Rates "Wirtschaft und Finanzen" vom 29. November 1999 ist der Bezug auf "die Gruppe" im vorliegenden Bericht auf die gleiche Weise zu verstehen.

Stand der Arbeiten

7. Seit der Tagung des Rates am 5. Juni 2001 ist die Gruppe "Verhaltenskodex" vier Mal - nämlich am 28. Juni 2001 unter schwedischem Vorsitz und am 26. September 2001, 17. Oktober 2001 und 8. November 2001 unter belgischem Vorsitz - zusammengetreten.
8. In ihrer Sitzung vom 28. Juni hat sich die Gruppe auf einen Zeitplan und auf die wichtigsten Komponenten ihres künftigen Arbeitsprogramms unter belgischem Vorsitz verständigt:
 - Transparenz und Informationsaustausch in Bezug auf die vereinbarten Elemente bei Verrechnungspreisen
 - Fortsetzung der Beratungen im Zusammenhang mit der Stillhalteverpflichtung
 - Rücknahmeverpflichtung.

9. Anschließend hat sich die Gruppe darauf verständigt, bei 13 der in ihrem Bericht von 1999 aufgeführten 66 Maßnahmen über die mögliche Wechselwirkung zwischen ihren Beratungen über die Stillhalte- und Rücknahmeverpflichtung und den Verfahren bei staatlichen Beihilfen zu diskutieren. Sie hat ferner vereinbart, einen Bericht der Kommission über die Arbeit dieser Institution im Zusammenhang mit Maßnahmen der Unternehmensbesteuerung in den Beitrittsländern, die nach dem Verhaltenskodex als schädlich eingestuft werden könnten, entgegenzunehmen.
10. Am 26. September 2001 wurden Herr Hatry, persönlicher Beauftragter des belgischen Finanzministers, Senator ehrenhalber und ehemaliger belgischer Finanzminister (B) und Herr Rodríguez-Ponga y Salamanca, Staatssekretär im spanischen Finanzministerium (E) als erster bzw. zweiter stellvertretender Vorsitzender für den Zeitraum bis zum Ende des belgischen Vorsizes bestätigt.
- A. Transparenz und Informationsaustausch in Bezug auf die vereinbarten Elemente bei Verrechnungspreisen**
11. Wie unter Nummer 5 vermerkt, hat der Rat "Wirtschaft und Finanzen" auf seiner Tagung vom 5. Juni 2001 das in Anlage 1 des Berichts der Gruppe enthaltene Arbeitsprogramm für den Bereich Transparenz und Informationsaustausch bei Verrechnungspreisen (Dok. 9553/01 FISC 106) gebilligt.
12. Jährlicher Austausch von öffentlich zugänglichen Informationen: Wie unter Nummer 14 des genannten Berichts erläutert, hoffte die Gruppe in der Lage zu sein, Einvernehmen über einen jährlichen Austausch von öffentlich zugänglichen Informationen zu erzielen, damit ein entsprechendes Verfahren im Laufe des Jahres 2002 eingerichtet werden kann. Um es der Gruppe zu ermöglichen mit dieser Arbeit voranzukommen, hat sie die Mitgliedstaaten ersucht, zunächst einmal Angaben zu der Frage eines jährlichen Informationsaustausches zu machen. Speziell wurden die einzelnen Mitgliedstaaten ersucht, schriftlich zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen:
- die in dem jeweiligen Land zu den vereinbarten Elementen bei Verrechnungspreisen gemäss Nummer 17 der Anlage 1 des Berichts an den Rat "Wirtschaft und Finanzen" vom 26.-27. November 2000 (Dok. 13563/00 FISC 193) öffentlich zugängliche Informationen sind;
 - Art und Weise, in der sie ähnliche Informationen verwenden würden, wenn sie von anderen Mitgliedstaaten vorlägen;
 - Hindernisse, die einem Austausch ihrer öffentlich zugänglichen Informationen entgegenstehen würden.
13. Die Gruppe hat die betreffenden Berichte geprüft und auch mündliche Ausführungen aller Mitgliedstaaten entgegengenommen. Hieraus ging hervor, dass öffentlich zugängliche Rechtsvorschriften, Runderlasse, Verwaltungsvorschriften und Leitlinien zu diesem Thema den anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden könnten.

14. Einige Mitglieder der Gruppe haben erklärt, dass sie bezweifeln, ob ein jährlicher Austausch von öffentlich zugänglichen Informationen wirklich sinnvoll ist. Andere haben hingegen die Auffassung vertreten, dass derartige Informationen bei den Mitgliedstaaten das Verständnis für die Rechtsvorschriften und Praktiken der Partnerländer verbessern könnten. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die Kosten der Übersetzung von umfangreichen Vorschriften und Leitlinien in Anbetracht der Verwendung der Informationen in der Praxis gerechtfertigt wäre.
15. Die Gruppe hat sich darauf verständigt, dass es das Ziel sein sollte, die Mitgliedstaaten umfassend auf dem Laufenden zu halten, wobei aber eine kostenintensive oder unnötige Verbreitung von Informationen vermieden werden sollte. Daher hat die Gruppe vereinbart, für die Möglichkeit des Zugriffs auf alle einschlägigen öffentlich zugänglichen Informationen in den jeweiligen Ländern zu sorgen und diese Informationen anschließend einmal pro Jahr unter Kennzeichnung etwaiger Neuerungen zu aktualisieren.
16. Informationsaustausch in Einzelfällen: Die Gruppe hat festgestellt, dass unter Nummer 17 der Leitlinien der Gruppe zur Stillhalte- und Rücknahmeverpflichtung in den Bereichen Niederlassungen von Finanzgesellschaften, Holdinggesellschaften und Verwaltungszentren (Anlage 1 des Berichts an den Rat "Wirtschaft und Finanzen" vom 26.-27. November 2000 (Dok. 13563/00 FISC 193) vorgesehen ist, dass der Informationsaustausch in summarischer Form (Nummer und Art der Fälle) erfolgen soll und dass in bestimmten Fällen spezifische Informationen ausgetauscht werden sollen, und hat sich darauf verständigt, dass sie Informationen der Mitgliedstaaten zum zweiten Teil des Arbeitsprogramms - nämlich Informationsaustausch in Einzelfällen - benötigt.
17. Wie die erste, in einer Untergruppe unter schwedischem Vorsitz geführte Diskussion über die bei einem derartigen Austausch zu berücksichtigenden Faktoren gezeigt hat, gibt es eine Reihe komplexer Fragen, die einer eingehenderen Prüfung bedürfen. Die Gruppe war sich darüber einig, dass die Mitgliedstaaten Zeit benötigen, um ihre Antworten zu formulieren. Die Mitgliedstaaten wurden daher ersucht, bis zum 30. November 2001 schriftliche Berichte mit den einschlägigen Informationen zu übermitteln.

B. Weitere Beratungen über die Stillhalteverpflichtung

18. Wie unter Nummer 21 des Berichts der Gruppe (Dok. 8789/01 FISC 83) vorgesehen, hat die Gruppe die Beurteilung der deutschen Regelung für Holdinggesellschaften und der Maßnahmen innerhalb des Steuerrahmens für die Niederländischen Antillen fortgesetzt.

19. Deutschland - Holdinggesellschaften: Die Gruppe hat die Beschreibung der deutschen Regelung für Holdinggesellschaften (**Anlage A**) gebilligt und die Auffassung vertreten, dass der Bericht der deutschen Delegation über die Effektivbesteuerung für die Maßnahme keine hinreichend abgesicherte Aussage darüber zulässt, ob die Maßnahme nicht doch - jedenfalls unter gewissen Umständen - zu einer deutlich niedrigeren Effektivbesteuerung führen könnte. Sie war der Ansicht, dass die Maßnahme keines der in den Absätzen B1-B5 genannten Kriterien erfüllt. Ausgehend von einem Ansatz, der den Nummern 29 bis 67 des Berichts der Gruppe an den Rat "Wirtschaft und Finanzen" vom 29. November 1999 (Dok. SN 4901/99) entspricht, hat die Gruppe die Frage geprüft, ob die Maßnahme den Standort für wirtschaftliche Aktivitäten in der Gemeinschaft spürbar beeinflusst oder beeinflussen kann. Auf der Grundlage ihrer Gesamtbeurteilung ist die Gruppe zu dem Schluss gelangt, dass die Maßnahme nicht als positiv eingestuft werden sollte. Die Gruppe hat jedoch vermerkt, dass es Probleme in Bezug auf die Wechselwirkungen mit den geltenden CFC-Vorschriften gibt. Sie hat sich ferner darauf geeinigt, dass eine Fortsetzung der allgemeinen Beratungen über Holdinggesellschaften nicht notwendig ist.
20. Niederlande - Steuerrahmen für die Niederländischen Antillen: Die Gruppe hat die von der niederländischen Delegation im Namen der Niederlande übermittelte Beschreibung der beiden Maßnahmen innerhalb des niederländischen Steuerrahmens (NFF) (**Anlage B**) gebilligt:
- steuerliche Behandlung von Holdinggesellschaften und
 - steuerliche Behandlung von steuerbefreiten Gesellschaften.
21. Die Gruppe hat die Frage geprüft, ob - wie von der Kommission vorgeschlagen - eine Beurteilung anhand der Kriterien 1 bis 5 des Buchstabens B des Kodex erfolgen soll, und sich auf diese Vorgehensweise verständigt.
22. [Die Gruppe hat einen von der niederländischen Delegation in ihrem Namen vorgelegten Bericht über die Effektiv-Besteuerung für die Maßnahmen geprüft.]

C. Rücknahmeverpflichtung

23. In den Schlussfolgerungen des Rates "Wirtschaft und Finanzen" vom 10. Juli (Dok. 10768/01 FISC 130) ist hinsichtlich des Arbeitskalenders für die Tagung des Rates "Wirtschaft und Finanzen" im Dezember 2001 im Zusammenhang mit dem Steuerpaket Folgendes vorgesehen:

Hinsichtlich des Verhaltenskodex:

Prüfung des Berichts der Gruppe "Verhaltenskodex" an den Rat über die Fortschritte, die sie bei ihren Beratungen über die Stillhalte- und die Rücknahmeverpflichtung erzielt hat; dies einschließlich

- *einer Überprüfung der Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten durchzuführen bereit sind, um ihrer Verpflichtung nach den Schlussfolgerungen des Rates "Wirtschaft und Finanzen" vom November 2000 in Bezug auf neue Teilnehmer nachzukommen, und*
- *einer Bestandsaufnahme hinsichtlich der Frage, ob die Mitgliedstaaten, für die in den Bericht vom November 1999 Fußnoten aufgenommen wurden, die betreffenden Vorbehalte in Anbetracht der weiteren Arbeit der Gruppe aufrechterhalten wollen.*

24. Das von der Gruppe "Verhaltenskodex" in ihrer Sitzung vom 28. Juni 2001 gebilligte Arbeitsprogramm zum Thema Rücknahmeverpflichtung unter belgischem Vorsitz trägt dieser Formulierung Rechnung.
25. Die Gruppe hat die Mitgliedstaaten daher ersucht, aktuelle Informationen zur Rücknahmeverpflichtung, einschließlich Informationen zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten in Bezug auf neue Teilnehmer und Angaben dazu, ob die Mitgliedstaaten, für die in den Bericht vom November 1999 Fußnoten aufgenommen wurden, die betreffenden Vorbehalte in Anbetracht der weiteren Arbeit der Gruppe aufrechterhalten wollen, zu übermitteln.
26. Die von den Mitgliedstaaten übermittelten Übersichten sind in der **Anlage C** enthalten.
27. Die Gruppe hat festgestellt, dass sich die Zahl der schädlichen Maßnahmen, die zurückgenommen worden sind oder deren Rücknahme eingeleitet worden ist, weiter erhöht hat. Sie hat ferner festgestellt, dass Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtung in Bezug auf neue Teilnehmer gemacht worden sind und dass eine Reihe von Vorbehalten zum Bericht vom November 1999 aufgrund der Beratungen der Gruppe seit November 1999 nicht mehr aufrechterhalten werden.

D. Mögliche Wechselwirkung zwischen der Arbeit der Gruppe "Verhaltenskodex" und den Verfahren bei staatlichen Beihilfen

28. [noch einzufügen]

E. Potenziell schädliche Maßnahmen in den Beitrittsländern

29. Am 17. September hat die Kommission in der Arbeitsgruppe IV einen Bericht zum Thema "*Erweiterung und Direktbesteuerung*" verteilt. Anschließend haben die Vertreter der Kommission in mündlicher Form über ihre Arbeit in Bezug auf potenziell schädliche Maßnahmen in den Bewerberländern berichtet.
30. Die Gruppe hat den Bericht der Kommission zur Kenntnis genommen und die Auffassung vertreten, dass die von der Kommission bei dieser Arbeit angewandten Kriterien nicht über die im Kodex enthaltenen Kriterien hinausgehen sollten. Insbesondere war sie der Ansicht, dass der Kodex die Beurteilung von Maßnahmen der Unternehmensbesteuerung, nicht aber Steuersystemen, zum Gegenstand hat.

Fortsetzung der Arbeit

31. In den Schlussfolgerungen des Rates "Wirtschaft und Finanzen" vom 10. Juli (Dok. 10768/01 FISC 130) ist hinsichtlich des Arbeitskalenders für die Tagungen des Rates "Wirtschaft und Finanzen" im April und Juni 2002 im Zusammenhang mit dem Steuerpaket Folgendes vorgesehen:

April 2002: Der Rat "Wirtschaft und Finanzen" müsste

...

in Bezug auf den Verhaltenskodex Folgendes zur Kenntnis nehmen:

- *die Fortschritte bei der Arbeit der Gruppe "Verhaltenskodex" hinsichtlich der Mitgliedstaaten;*
- *die Sachstandsberichte zu den Gesprächen zwischen den betroffenen Mitgliedstaaten und deren abhängigen oder assoziierten Gebieten;*

Juni 2002: Der Rat "Wirtschaft und Finanzen" müsste

...

in Bezug auf den Verhaltenskodex die Angemessenheit der in Aussicht genommenen legislativen oder administrativen Maßnahmen zur Rücknahme der im Bericht der Gruppe "Verhaltenskodex" vom November 1999 ermittelten schädlichen Regelungen beurteilen und die Arbeiten im Zusammenhang mit der Stillhalteverpflichtung und der möglichen Verlängerung von Vergünstigungen bei bestimmten Regelungen über das Jahr 2005 hinaus zum Abschluss bringen.

32. Die Gruppe hat sich daher darauf verständigt, ihre laufende Arbeit im Zusammenhang mit der Stillhalte- und der Rücknahmeverpflichtung zum Abschluss zu bringen und dem Rat "Wirtschaft und Finanzen" im Mai 2002 Bericht zu erstatten. Ferner hat sie vereinbart, ihre Beratungen über Transparenz und Informationsaustausch entsprechend ihrem Arbeitsprogramm (Anlage 1 des Berichts der Gruppe an den Rat "Wirtschaft und Finanzen" vom 5. Juni 2001 (Dok. 8789/01 FISC 83) im Kontext der Nummer 17 der Anlage 1 des Berichts der Gruppe an den Rat "Wirtschaft und Finanzen" vom 26./27. November 2000 (Dok. 13563/00 FISC 193) fortzusetzen.

**BESCHREIBUNG DER IN DEUTSCHLAND GELTENDEN REGELUNG
FÜR HOLDINGGESELLSCHAFTEN**

Im Rahmen der laufenden Steuerreform hat Deutschland die steuerliche Behandlung von Dividenden und Veräußerungsgewinnen neu geregelt. Die wichtigste Änderung ist die Ablösung des bisherigen Vollarrechnungssystems durch ein System, bei dem die von Gesellschaften an andere Gesellschaften ausgeschütteten Dividenden und die durch die Veräußerung von Beteiligungen erzielten Gewinne steuerfrei sind. Das Gesetz zur Einführung dieser und zahlreicher anderer Änderungen wurde im Jahr 2000 verabschiedet und trat mit einigen Übergangsbestimmungen am 1. Januar 2001 in Kraft.

Gleichzeitig wurden auch die Vorschriften geändert, nach denen das Einkommen abhängiger nicht ansässiger Gesellschaften bei den ansässigen Anteilseignern der "normalen" Besteuerung unterworfen werden kann. Weitere Neuerungen (bzw. Änderungen) im Rahmen der Steuerreform, die für Holdingstrukturen von Bedeutung sein können, betreffen u.a. die Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen an Anteilseigner, bei denen die Zinszahlungen im Inland nicht steuerpflichtig sind, und die Abschaffung der Abschreibungsmöglichkeit bei dauerhaftem Wertverlust von Beteiligungen.

Bedingungen

Die Neuregelung der steuerlichen Behandlung von Gewinnausschüttungen von Gesellschaften an andere Gesellschaften und Veräußerungsgewinnen gilt für ansässige Gesellschaften, ständige Niederlassungen nicht ansässiger Gesellschaften und Gesellschaften, die über eine ansässige Personengesellschaft an anderen Gesellschaften beteiligt sind. Für die Anwendung der neuen Vorschriften auf Gesellschaften gelten keine Beteiligungsgrenzen.

Die neuen Vorschriften gelten gleichermaßen für vereinnahmte Dividenden aus inländischen und aus ausländischen Quellen. Inlands- und Auslandsdividenden werden auf die gleiche Weise besteuert. Unterschiede bestehen nur hinsichtlich der Abzugsfähigkeit der Aufwendungen. Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen werden gleichbehandelt, unabhängig davon, ob es sich um Anteile an ansässigen oder nicht ansässigen Gesellschaften handelt. Auch die Befreiung der Veräußerungsgewinne von Gesellschaften ist nicht an bestimmte Beteiligungsgrenzen gebunden. Die Freistellung von Dividenden und Veräußerungsgewinnen ist unabhängig von der Art der Tätigkeit der ausschüttenden Gesellschaft bzw. der Gesellschaft, deren Anteile veräußert werden.

Allerdings gelten für ansässige Anteilseigner einer nicht ansässigen Gesellschaft, die von ansässigen Anteilseignern und einigen anderen Anteilseignern kontrolliert wird, die deutschen CFC-Vorschriften, wenn die nicht ansässige Gesellschaft (siehe Anhang) einer geringen Besteuerung unterliegt (Niedrigsteuererfordernis). Die CFC-Vorschriften gelten ferner für jeden ansässigen Anteilseigner, der mindestens 10 % der Anteile an einer nicht ansässigen Gesellschaft besitzt, wenn das Einkommen dieser Gesellschaft aus Anlagegeschäften stammt. Eine abhängige nicht ansässige Gesellschaft erfüllt das Niedrigsteuererfordernis, wenn sie einer effektiven Körperschaftsteuer von unter 25 % unterliegt (Ermittlung der Bemessungsgrundlage nach dem deutschen Körperschaftsteuergesetz). Die CFC-Vorschriften werden angewandt, wenn eine solche Gesellschaft über niedrig besteuertes Einkommen im Sinne von § 8 Außensteuergesetz (unfaire steuerliche Praktiken im Ausland) verfügt. Generell wird angenommen, dass das Einkommen niedrig besteuert ist, wenn es ausschließlich aus konzerninternen Transaktionen stammt. Diese CFC-Vorschriften werden zurzeit geprüft.

Steuervergünstigungen

Gewinnausschüttungen nicht ansässiger Gesellschaften an andere Gesellschaften sind beim Dividendenempfänger steuerfrei, um eine nochmalige Besteuerung zu vermeiden. Nach der neuen Regelung entfällt die Anrechnung der Körperschaftsteuer auf die vereinnahmten Dividenden; die auf die ausgeschütteten Gewinne erhobene Kapitalertragsteuer von 20 % wird mit der Körperschaftsteuerschuld des Dividendenempfängers verrechnet. Diese Kapitalertragsteuer von 20 % kann erstattet werden, wenn die Dividende vereinnahmende Gesellschaft in Deutschland kein steuerpflichtiges Einkommen erzielt oder wenn die Kapitalertragsteuer höher ist als die Körperschaftsteuerschuld des Dividendenempfängers.

Vereinnahmte Dividenden von nicht ansässigen Gesellschaften sind (entsprechend der Mutter-Tochter-Richtlinie) zu 95 % steuerfrei. Die restlichen 5 % werden als nichtabzugsfähige Aufwendungen in Verbindung mit Einkommen aus der Holding betrachtet und infolgedessen bei der vereinnahmenden Gesellschaft besteuert, die wiederum sämtliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erzielung von Einkommen aus solchen ausländischen Dividenden unbegrenzt abziehen kann. Wenn auf die fragliche nicht ansässige Gesellschaft die CFC-Vorschriften angewandt werden, wird bei der vereinnahmenden Gesellschaft das nichtausgeschüttete niedrig besteuerte Einkommen aus dieser Gesellschaft besteuert.

In diesem Fall wird die 95 %-Befreiung nicht auf das fiktive Dividendeneinkommen angewandt, sondern nur auf die tatsächlich vereinnahmten Dividenden aus dieser nicht ansässigen Gesellschaft. Im Falle von Gewinnausschüttungen von ansässigen Gesellschaften sind alle unmittelbar mit dem Erwerb oder dem Besitz der Anteile an der ausschüttenden Gesellschaft verbundenen steuerfreien Aufwendungen nichtabzugsfähig (§ 3 c EStG).

Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an ansässigen und nicht ansässigen Gesellschaften sind zwecks Vermeidung einer mehrfachen Besteuerung steuerfrei und damit verbundene Veräußerungsverluste nicht abzugsfähig. Nach der neuen Regelung wird die Abschreibung für den dauerhaften Wertverlust von Anteilen für steuerliche Zwecke nicht länger anerkannt. Soweit eine solche Abschreibung (vor dem Inkrafttreten der neuen Regelung) erfolgte, wird sie bei späterem Anstieg des Werts dieser Anteile oder bei Erzielung von Gewinnen durch Veräußerung dieser Anteile durch eine entsprechende Besteuerung rückgängig gemacht.

Die neuen Vorschriften zur Fremdfinanzierung (v.a. zur Unterkapitalisierung) setzen engere Grenzen für die Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen, wenn diese an gebietsfremde und gebietsansässige Anteilseigner erfolgen. Als akzeptabel gilt ein Verschuldungsgrad (Verhältnis Fremdkapital/Eigenkapital) von :

- 3/1 im Falle von Gesellschaften, deren Kerngeschäft das Halten von Anteilen an bzw. die Finanzierung von Kapitalgesellschaften ist oder deren Aktiva zu mehr als 75 % aus Unternehmensbeteiligungen bestehen;
- 1,5/1 im Falle aller anderen Gesellschaften.

In Fällen, in denen der Fremdfinanzierungsanteil als zu hoch angesehen wird, wird eine verdeckte Gewinnausschüttung angenommen.

I. Ergänzende Erläuterungen zur Funktionsweise der CFC-Gesetzgebung

1. Welche Einkünfte erfasst die Hinzurechnungsbesteuerung?

§ 8 Abs. 1 AStG umschreibt die Einkünfte, die nicht der Hinzurechnungsbesteuerung unterliegen. Das sind grundsätzlich Einkünfte aus einerwerbenden (aktiven) Tätigkeit der ausländischen Gesellschaft, d.h. aus einer Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr. Von der Hinzurechnung erfasst werden damit alle Einkünfte, die nicht aus einer aktiven, nach außen gerichteten Wirtschaftstätigkeit stammen, wie z.B. Dividenden, Lizenzgebühren und Zinsen. Für die Abgrenzung zwischen aktiv und passiv sind ausschließlich die tatsächlichen Verhältnisse maßgebend. Es kommt entscheidend auf die Funktion der ausländischen Gesellschaft bei der Erzielung der Einkünfte an. Für eine zutreffende Zuordnung sind die Einkünfte der ausländischen Gesellschaft nach dem Tätigkeitskatalog des § 8 Abs. 1 AStG zu analysieren.

2. Verhältnis von Hinzurechnungsbesteuerung und Doppelbesteuerungsabkommen

Die Hinzurechnungsbesteuerung findet nicht statt, wenn im Fall der tatsächlichen Gewinnausschüttung diese aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) steuerfrei wäre. Ausschüttungen einer ausländischen Gesellschaft an eine in Deutschland ansässige Gesellschaft können nach (meist älteren) Abkommen steuerfrei sein, wenn die Beteiligung mindestens 10 % beträgt (Anwendung der Freistellungsmethode für Gewinnausschüttungen). Im Übrigen hängt die Steuerbefreiung davon ab, dass die ausländische Gesellschaft ihre Einkünfte aus einer aktiven Tätigkeit bezieht.

Allerdings gibt es keine Steuerbefreiung nach DBA für Einkünfte mit Kapitalanlagecharakter (Einkünfte, die aus dem Halten, der Verwaltung, Werterhaltung oder Werterhöhung von Zahlungsmitteln, Forderungen, Wertpapieren, Beteiligungen oder ähnlichen Vermögenswerten stammen). Diese Einschränkung der o.g. Steuerbefreiung gilt dann, wenn die den Einkünften mit Kapitalanlagecharakter zugrunde liegenden Erträge mehr als 10 % der den gesamten Zwischeneinkünften zugrunde liegenden Erträge der ausländischen Gesellschaft oder mehr als 120.000 DM betragen. Unabhängig vom Bestehen eines DBA fallen damit beispielsweise Erträge (Zinsen) aus Finanzierungsgeschäften in die Hinzurechnung, es sei denn, sie stammen aus einer Tätigkeit, die einer aktiven Tätigkeit (ausgenommen Finanzierungstätigkeit) der ausländischen Gesellschaft dient. Erträge aus der Finanzierung aktiv tätiger Konzerngesellschaften werden allerdings nur mit 80 % angesetzt. Der Satz von 80 % führt zu einer effektiven Belastung von etwas 30 %. Der Satz entsprach in etwa der für die Auslösung der Hinzurechnungsbesteuerung maßgebenden Steuerbelastung.

Keine Einkünfte mit Kapitalanlagecharakter sind Erträge, die aus Gesellschaften stammen, an denen die ausländische Zwischengesellschaft zu mindestens 10 % beteiligt ist, vorausgesetzt, die Erträge haben einer Steuerbelastung von mindestens 25 % unterlegen.

3. Wie werden die Zwischeneinkünfte ermittelt ?

Die für die Hinzurechnungsbesteuerung maßgebende Größe ist der Hinzurechnungsbetrag. Der Hinzurechnungsbetrag ist die Summe der Einkünfte aus passivem Erwerb der ausländischen Gesellschaft vermindert um die von diesen Einkünften erhobenen Steuern. Die Summe der Einkünfte ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften des deutschen Steuerrecht zu ermitteln. Hat die ausländische Gesellschaft sowohl Einkünfte aus aktiver Tätigkeit als auch Einkünfte aus passivem Erwerb, so sind vom Gesamtbetrag der Einkünfte diejenigen aus aktiver Tätigkeit abzuziehen. Sind aktive Tätigkeiten und passiver Erwerb so eng verbunden, dass die Einkünfte aus aktiver Tätigkeit nicht gesondert ausgewiesen werden können, so sind die gesamten Einkünfte nach dem Umsatz aufzuteilen, wenn sonst kein besser geeigneter Aufteilungsmaßstab gegeben ist.

4. Vorliegen einer "niedrigen" Besteuerung

Eine "niedrige" Besteuerung liegt nicht vor, wenn die nach deutschem Steuerrecht ermittelten Einkünfte der ausländischen Gesellschaft entweder im Staat der Geschäftsleitung oder im Staat des Sitzes der ausländischen Gesellschaft einer Belastung durch Ertragsteuern von mindestens 25 % unterliegen.

Durch das StSenkG wurde § 8 Abs. 3 AStG sprachlich klarer gefasst, aber nicht inhaltlich geändert. Er lautet nunmehr wie folgt:

"Eine niedrige Besteuerung ... liegt vor, wenn die Einkünfte im Staat der Geschäftsleitung und im Staat des Sitzes der ausländischen Gesellschaft jeweils einer Belastung durch Ertragsteuern von weniger als 25 vom Hundert unterliegen,"

Das bedeutet: Für den – in der Praxis seltenen - Fall, dass eine ausländische Gesellschaft in einem Staat den Sitz (= Eintragung in das Handelsregister) und in einem anderen Staat den Ort der Geschäftsleitung hat, also doppelansässig ist, und dieselben Einkünfte in beiden ausländischen Staaten besteuert werden, soll eine Hinzurechnungsbesteuerung nur dann erfolgen, wenn eine "niedrige" Besteuerung sowohl im Sitzstaat als auch im Staat der Geschäftsleitung vorliegt. Anders ausgedrückt, eine Hinzurechnungsbesteuerung unterbleibt, wenn die in Frage kommenden Einkünfte in wenigstens einem Staat "hoch" besteuert werden.

Exemplarische Fälle sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Belastung durch Ertragsteuern im		Hinzurechnungs- besteuerung erfolgt
	Staat des Sitzes in %	Staat der Geschäftsleitung in %	
1	0	0	ja
2	0	24	ja
3	0	25	nein
4	10	20	ja
5	10	25	nein
6	24,9	24,9	ja

5. Höhe der Besteuerung

Die Steuer auf den Hinzurechnungsbetrag beträgt 38 %; sie ist der tariflichen Körperschaftsteuer hinzuzurechnen. Auf den Hinzurechnungsbetrag ist der § 8b KStG (Steuerfreiheit von Dividenden) nicht anzuwenden.

6. Weitere Anti-Missbrauchsvorschrift (§ 42 AO)

Ist eine gewählte rechtliche Gestaltungsmöglichkeit unangemessen – das ist beispielsweise dann der Fall, wenn für sie beachtliche außersteuerrechtliche Gründe fehlen und sie im wirtschaftlichen Ergebnis auf das Gleiche hinausläuft wie der unmittelbar der Besteuerung unterworfenen Sachverhalt - entsteht der Steueranspruch so, wie er bei einer den wirtschaftlichen Vorgängen angemessenen rechtlichen Gestaltung entsteht. Bei einem Missbrauch durch unangemessene Rechtsgestaltung wird der Besteuerung nicht der tatsächliche Sachverhalt zugrunde gelegt, sondern es wird ein nicht verwirklichter Sachverhalt in der angemessenen rechtlichen Gestaltung unterstellt.

II. § 8b Abs. 5 KStG (5 % der ausländischen Dividenden als nichtabziehbare Betriebsausgaben)

Nach § 8b Abs. 5 KStG gelten 5 % der Dividenden pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben. Bei höheren Betriebsausgaben als 5 % der Dividenden wird der Bezug von Dividenden ausländischer Tochtergesellschaften damit günstiger behandelt als der Bezug von Dividenden inländischer Tochtergesellschaften; bei geringeren Betriebsausgaben wird dagegen umgekehrt der Bezug von inländischen Tochtergesellschaften günstiger behandelt als der Bezug von Dividenden ausländischer Tochtergesellschaften. Eine Aussage darüber, ob im Ergebnis inländische oder ausländische Tochtergesellschaften bevorzugt werden, lässt sich nicht treffen.

Die Pauschalierung des Abzugsverbots ist eine Vereinfachungsregelung. Sie ist mit Art. 4 Abs. 2 der Mutter-/Tochterrichtlinie, der eine Pauschalierung von 5 % der von der Tochtergesellschaft ausgeschütteten Gewinne vorsieht, vereinbar.

**BESCHREIBUNG DER BEIDEN IM RAHMEN DES NEUEN STEUERGESETZES
DER NIEDERLÄNDISCHEN ANTILLEN GELTENDEN REGELUNGEN**

Niederländische Antillen – Steuerliche Behandlung von Holdinggesellschaften nach dem neuen Steuergesetz

Hintergrund

Im Dezember 1999 änderten die Niederländischen Antillen durch ein neues Steuergesetz eine Reihe von Steuervorschriften, die unter anderem die Besteuerung von Gewinnen und Dividenden betreffen. Die neuen steuerlichen Regelungen, die eine größere Transparenz ermöglichen sollen, traten am 1. Januar 2000 in Kraft und sollen rückwirkend zum 1. Januar 2001 angewandt werden.

Die neue Regelung der Dividendenbesteuerung sieht eine Quellensteuer von 10 % auf die Brutto-dividende vor. Diese Regelung ist jedoch noch nicht wirksam ¹.

Im Dezember 2000 schlossen die Niederlande und die Niederländischen Antillen eine Vereinbarung, in der die Niederländischen Antillen unter anderem Folgendes zusagen: Anpassung ihrer Rechtsvorschriften, so dass sie mit den EU- und OECD-Grundsätzen im Bereich der (internationalen) Besteuerung vereinbar sind und bleiben; Beteiligung an den OECD-Bemühungen zur Beseitigung schädlichen Steuerwettbewerbs (diese Zusage wurde im November 2000 erteilt) und Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der Grundsätze, die der Richtlinie über die Zinsbesteuerung zugrunde liegen. Die Vereinbarung erfordert auch eine Änderung der Steuervorschriften des Königreichs der Niederlande, die vom niederländischen Parlament gebilligt werden muss. Ein entsprechender Änderungsentwurf wurde dem Parlament unterbreitet; es wird die Änderung voraussichtlich Ende 2001 verabschieden. Die Niederländischen Antillen haben die Anwendung des neuen Steuergesetzes von Anfang an davon abhängig gemacht, dass das Parlament diese Änderung akzeptiert.

¹ Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung zur Dividendenbesteuerung hängt von mehreren Aspekten ab, u.a. von der Abkommenspolitik der Niederländischen Antillen.

Voraussetzungen

1. Die Steuerbefreiung für Beteiligungsgewinne ist weder an die Voraussetzung geknüpft, dass die gebietsfremde Gesellschaft auf den Niederländischen Antillen oder in ihrem Sitzland der Gewinnsteuer unterliegt, noch dass die Beteiligung während eines bestimmten Zeitraums vor der Gewinnausschüttung gehalten wurde.
2. Bei Dividenden aus dem Ausland, die über eine Gesellschaft auf den Niederländischen Antillen an einen ausländischen Anteilseigner fließen, kann die Quellensteuer auf Dividenden ermäßigt werden, wenn auf die betreffenden Dividenden eine Quellensteuer von mindestens 5 % angewandt wurde.
3. **In einer Reihe von Fällen sind Ausschüttungen von dieser Quellensteuer befreit: dies gilt für Dividenden bei Liquidationen und Dividenden von**
 - Gesellschaften, die an einer zugelassenen Börse notiert werden,
 - steuerbefreiten Gesellschaften,
 - Offshore-Gesellschaften,
 - Gesellschaften, die die Schiffsregistervorschriften erfüllen.
4. Darüber hinaus sind Dividendenzahlungen von einer Gesellschaft nach dem Recht der Niederländischen Antillen an eine ausländische Gesellschaft steuerfrei, wenn letztere während eines ununterbrochenen Zeitraums von mindestens einem Jahr mindestens 25 % der Anteile oder Stimmrechte an der Gesellschaft nach dem Recht der Niederländischen Antillen hält.
5. Die Quellensteuerregelung ist noch nicht wirksam ¹. Die Steuerzahler können vom Zeitpunkt ihrer Anwendung an auf Wunsch für die Dauer von zwölf Monaten eine Besitzstandsklausel in Anspruch nehmen.

1 Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung zur Dividendenbesteuerung hängt von mehreren Aspekten ab, u.a. von der Abkommenspolitik der Niederländischen Antillen.

Steuervergünstigungen

Gesellschaften nach dem Recht der Niederländischen Antillen sind von der Gewinnsteuer auf sämtliche Gewinne (Dividenden, Veräußerungsgewinne, Gewinnausschüttungen usw.) im Zusammenhang mit einer den Vorschriften entsprechenden Beteiligung an einer gebietsansässigen Gesellschaft und auf 95 % der Gewinne aus einer gebietsfremden Gesellschaft befreit. Eine Beteiligung an einer steuerbefreiten Gesellschaft nach dem Recht der Niederländischen Antillen wird wie eine Beteiligung an einer gebietsfremden Gesellschaft behandelt.

Eine Ermäßigung und/oder Befreiung von der Quellensteuer auf Dividenden (Regelsatz: 10 % auf die Bruttodividende) kann - wie weiter oben dargelegt - unter bestimmten Voraussetzungen (betreffend z.B. Herkunft und Bestimmung der Dividende, Art der ausschüttenden Gesellschaft und Umfang der Beteiligung) gewährt werden.

Hintergrund

Im Dezember 1999 änderten die Niederländischen Antillen durch das neue Steuergesetz eine Reihe von Steuervorschriften, die unter anderem die Gewinnbesteuerung und die Dividendenbesteuerung betreffen. Das neue Steuergesetz, das eine größere Transparenz ermöglichen soll, trat am 1. Januar 2000 in Kraft, wird jedoch erst ab dem 1. Januar 2001 tatsächlich wirksam. Die meisten Bestimmungen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2001 angewandt werden ¹.

Mit der neuen Regelung der Gewinnbesteuerung wird der Status der steuerbefreiten Gesellschaft nach dem Recht der Niederländischen Antillen eingeführt. Diese Gesellschaft ist nicht als Ersatz für die vorhandenen Offshore-Regelungen F020 und F023 gedacht. Die geltenden Steuerregelungen für Offshore-Unternehmen wurden nicht mit Wirkung vom 1. Januar 2000 aufgehoben. Sie sind weiter gültig und wirksam, werden aber (mit Ausnahme der Besitzstandsklauseln) aufgehoben, sobald das neue Steuergesetz in Kraft tritt und angewandt wird.

Im Dezember 2000 schlossen die Niederlande und die Niederländischen Antillen eine Vereinbarung, in der die Niederländischen Antillen unter anderem Folgendes zusagen: Anpassung ihrer Rechtsvorschriften, so dass sie mit den EU- und OECD-Grundsätzen im Bereich der (internationalen) Besteuerung vereinbar sind und bleiben; Beteiligung an den OECD-Bemühungen zur Beseitigung schädlichen Steuerwettbewerbs (diese Zusage wurde im November 2000 erteilt) und Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der Grundsätze, die der Richtlinie über die Zinsbesteuerung zugrunde liegen. Die Vereinbarung erfordert auch eine Änderung der Steuervorschriften des Königreichs der Niederlande, die vom niederländischen Parlament gebilligt werden muss. Ein entsprechender Änderungsentwurf wurde dem Parlament unterbreitet, und es wird die Änderung voraussichtlich Ende 2001 verabschiedet. Die Niederländischen Antillen haben die Anwendung des Neuen Steuergesetzes von Anfang an davon abhängig gemacht, dass das Parlament diese Änderung akzeptiert.

¹ Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung zur Dividendenbesteuerung hängt von mehreren Aspekten ab, u.a. von der Abkommenspolitik der Niederländischen Antillen.

Voraussetzungen

1. Die Leitung einer steuerbefreiten Gesellschaft nach dem Recht der Niederländischen Antillen muss ein Verzeichnis der Namen und Anschriften aller Anteilseigner führen, die über mehr als 5 % des einbezahlten Kapitals der Gesellschaft verfügen.
2. An der Leitung einer solchen steuerbefreiten Gesellschaft dürfen nur auf den Niederländischen Antillen ansässige natürliche Personen und dort zugelassene Treuhandanstalten (trust offices) beteiligt sein. Unter bestimmten Bedingungen können auch Gebietsfremde an der Leitung beteiligt sein.
3. Die Bücher müssen von einem unabhängigen Sachverständigen geprüft werden, der ein den gesetzlichen Anforderungen entsprechendes Gutachten erstellen muss.
4. Die Gesellschaft darf keine Bank oder ein anderes, der Aufsicht durch die Bank der Niederländischen Antillen unterliegendes Finanzinstitut sein.
5. Die Gesellschaft muss, sowohl nach den Statuten als auch in der Praxis, ausschließlich oder fast ausschließlich folgenden Zielen dienen:
 - Gewährung von Krediten und Anlage von Kapital,
 - Erbringung von Finanzdienstleistungen
 - Ausführung sämtlicher mit den festgelegten Zielen zusammenhängender Rechtsgeschäfte.
6. Die Regelung über die steuerbefreite Gesellschaft kann von gebietsansässigen und gebietsfremden Personen in Anspruch genommen werden.

Steuervergünstigungen

Eine steuerbefreite Gesellschaft nach dem Recht der Niederländischen Antillen ist nach der neuen Regelung sowohl von der Gewinnsteuer (Pauschalsatz von 30 %, effektiver Steuersatz unter Einbeziehung des Inselzuschlags von 15 %: 34,5 %) als auch von der 10-prozentigen Quellensteuer auf Dividenden befreit. Die genannten Steuersätze sind nach dem neuen Steuergesetz anwendbar.

**ZUSAMMENFASSUNG DER VON DEN MITGLIEDSTAATEN VORGELEGTEN
AKTUALISIERTEN INFORMATIONEN ZUR RÜCKNAHME,
EINSCHLIESSLICH INFORMATIONEN BETREFFEND DIE MITGLIEDSTAATEN**

ÖSTERREICH

An(Firma):
Frau Sue Babiker

Datum:
9. Oktober 2001

Von:
Dr. Kuttin

Betreff:
Rücknahme

Sehr geehrte Sue,

die von Österreich in Aussicht genommenen Maßnahmen haben wir bereits in unserem Schreiben vom 26. April 2001 bekannt gegeben. Die Änderungen bezüglich § 10 Absatz 3 des Körperschaftsteuergesetzes sind eingeleitet worden, so dass es nach dem 31. Dezember 2001 keine neuen Teilnehmer geben wird.

Mit freundlichen Grüßen

MINISTERIUM DER FINANZEN

Brüssel, den Oktober 2001



Avenue de la Colombie, 8
10100 Brüssel

PAUL HATRY

Kontaktperson: Paul Hatry

Tel.: 02 660 00 67

Fax: 02 660 72 27

Frau PRIMAROLO
Vorsitzende der Gruppe "Verhaltenskodex"
c/o Sue Babiker
H.M. Treasury
Parliament Street
LONDON SW1P 3AG
United Kingdom

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

auf ihr am 26. September 2001 vorgetragenes Ersuchen hin darf ich Ihnen nachstehend eine Beschreibung der Regelungen übermitteln, die Belgien zu treffen bereit ist, um den auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 26. und 27. November 2000 im Bereich der Rücknahme gegebenen Zusagen nachzukommen.

— **Einleitende Bemerkung**

Die belgische Regierung hat kürzlich eine umfassende Körperschaftsteuerreform in Angriff genommen. Diese Reform, die insbesondere in einer Senkung des nominalen Satzes von 40,17 % auf 33,99 % besteht, wurde Anfang Oktober 2001 vom belgischen Ministerrat angenommen. Der Gesetzesentwurf für diese Reform wird in Kürze im belgischen Parlament eingebracht. Für zwei der nachstehend beschriebenen Rücknahmemassnahmen ist ein Gesetz erforderlich, sie könnten daher entweder in den von der belgischen Regierung eingebrachten Entwurf zur Gesetzesreform einbezogen werden oder die Form eines vom Parlament ausgehenden Gesetzgebungsvorschlags erhalten, der mehr oder weniger zeitgleich mit der Körperschaftsteuerreform behandelt wird.

— **Rücknahme**

In dem Bericht der Gruppe "Verhaltenskodex" vom 23. November 1999 (SN 4901/99) wurden fünf belgische steuerliche Regelungen mit schädlichen Merkmalen ermittelt: die Regelungen für Koordinierungszentren, für Vertriebszentren, für Dienstleistungszentren und für US-Vertriebsunternehmen (FSC) sowie die Verwaltungsentscheidungen ("rulings") betreffend "immaterielles Kapital".

— **Koordinierungszentren**

Für die Rücknahme der Regelungen für Koordinierungszentren ist die Annahme eines Gesetzes erforderlich. Allerdings machen die von der Europäischen Kommission wegen der staatlichen Beihilfen gegen Belgien eingeleiteten Schritte jede Zusammenarbeit unseres Landes im Rahmen der Gruppe "Verhaltenskodex" unmöglich. Belgien ist nämlich derzeit mit zwei Verfahren konfrontiert: ein Verfahren gerichtlicher Natur, das wahrscheinlich vor den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften kommt und ein weiteres Verfahren politischer Art, das in der Gruppe "Verhaltenskodex" behandelt wird. Belgien kann nicht gleichzeitig voll und ganz an beiden Verfahren mitwirken, denn eine etwaige Annahme ihrerseits von Rücknahmemassnahmen auf Ebene des Verhaltenskodex könnte sich bei der Erörterung zweckmäßiger Maßnahmen im Rahmen des Gerichtsverfahrens betreffend staatliche Beihilfen nachteilig für Belgien auswirken. Belgien hält es daher nicht für zweckmäßig, sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit der Rücknahme der Regelung für Koordinierungszentren zu befassen.

— Vertriebszentren und Dienstleistungszentren

Die Verwaltungsrunderlasse zur Einführung dieser beiden Regelungen werden wie folgt geändert:

- der Kostenaufschlag wird im Einzelfall je nach der tatsächlichen oder effektiven Lage des die Anwendung dieser Regelung beantragenden Unternehmens berechnet;
- in die Grundlage für die Berechnung des Kostenaufschlags werden alle Ausgaben des jeweiligen Zentrums einbezogen.

— Regelung für US-Vertriebsunternehmen auf dem internationalen Markt (FSC)

Aus den jüngsten Entwicklungen auf Ebene der Welthandelsorganisation geht hervor, dass die Vereinigten Staaten veranlasst werden, ihre FSC-Regelung zu ändern, um sich den Regeln der WTO anzupassen. Sobald die WTO eine endgültige Entscheidung über diese FSC-Regelung getroffen haben wird und die USA dieser Entscheidung nachgekommen sein werden, wird Belgien seine flankierende steuerliche Regelung aufheben.

— Verwaltungsentscheidungen ("rulings") betreffend "immaterielles Kapital"

Bei der Annahme des Berichts der Gruppe "Verhaltenskodex" vom 23. November 1999 (SN 4901/99) hat Belgien die Schädlichkeit dieser Regelung konstant verneint, da der Grundsatz des "immateriellen Kapitals" voraussichtlich als IAS (Internationaler Rechnungslegungsgrundsatz) angenommen werden wird. Dennoch beabsichtigt Belgien, dieser Regelung eine unstrittige Rechtsgrundlage zu geben. Ein neues Gesetz (siehe einleitende Bemerkung) wird den Erlass des Regenten von 1831 ersetzen. Was die eigentliche steuerliche Regelung anbelangt, so wird sie von nun an im Einzelfall je nach der tatsächlichen oder effektiven Lage des betreffenden Unternehmens gewährt und der Beschluss über die Gewährung dieser steuerlichen Regelung wird dem Mitgliedstaat, in dem die Muttergesellschaft ihren Sitz hat, mitgeteilt.

(Schlussformel)

Paul Hatry
Persönlicher Beauftragter des Finanzministers
bei der EU
Ehemaliger Finanzminister
Ehrensensator

Kopie an Herrn Michael Graf, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union

DÄNEMARK

25. Oktober 2001

Regelung AAM 21 für Holdinggesellschaften

Mit Gesetz Nr. 282 vom 25. April 2001 ist die Regelung für Holdinggesellschaften mit Wirkung vom 1. Juli 2001 geändert worden. Unter die neuen Vorschriften fallen Personen, auf die die Regelung gegenwärtig angewendet wird, wie auch neue Teilnehmer.

Nach den allgemeinen Regeln ist auf Dividenden, die von in Dänemark ansässigen Unternehmen ausgeschüttet werden, eine Quellensteuer von 28 % zu entrichten. Der Steuersatz kann aufgrund der Bestimmungen eines Doppelbesteuerungsabkommens gesenkt werden.

Hingegen sind Dividenden von der Quellensteuer befreit, wenn sie an eine Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, die während eines ununterbrochenen Zeitraums von mindestens einem Jahr, während dessen die Dividendenzahlung erfolgt, eine mindestens 25 %ige Beteiligung an der die Dividenden ausschüttenden Gesellschaft gehalten hat.

Nach den bis 30. Juni 2001 geltenden Vorschriften galt die Befreiung für die an eine Muttergesellschaft ausgeschütteten Dividenden unabhängig davon, ob die Muttergesellschaft in Dänemark oder in einem anderen Staat ansässig war.

Nach der Änderung gilt die Befreiung nur noch dann für die an eine ausländische Muttergesellschaft ausgeschütteten Dividenden, wenn Dänemark keine Steuern erhebt oder die Besteuerung der Dividenden verringert, und zwar gemäß der Richtlinie der EU über Mutter- und Tochtergesellschaften oder einem dänischen Doppelbesteuerungsabkommen.

Auf die von einer dänischen Tochtergesellschaft an ihre ausländische Muttergesellschaft gezahlten Dividenden wird daher nun eine Quellensteuer von 28 % erhoben, wenn sie nicht unter die Richtlinie der EU über Mutter- und Tochtergesellschaften oder unter ein dänisches Doppelbesteuerungsabkommen fallen.

Dänemark hat keine Doppelbesteuerungsabkommen mit Steueroasen geschlossen.

Die neuen Vorschriften traten für die ab dem 1. Juli 2001 ausgeschütteten Dividenden in Kraft, unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt die ausländische Muttergesellschaft die Beteiligung an der dänischen Tochtergesellschaft erworben hat.

Das Gesetz Nr. 282 vom 25. April 2001 enthält also keine Besitzstandsklausel. Die neuen Vorschriften gelten auch für ausländische Muttergesellschaften, die aus den früher geltenden Vorschriften Vorteile zogen.

Dänemark wünscht die Fußnoten 22 und 27 des Berichts von November 1999 nicht beizubehalten.

FINNLAND

25. Oktober 2001

VERHALTENSKODEX - RÜCKNAHME

Die Gruppe "Verhaltenskodex" hat die Mitgliedstaaten ersucht, der Gruppe Informationen zu den Maßnahmen zu übermitteln, zu denen sich die Mitgliedstaaten bereit erklärt haben, um ihrer Verpflichtung gemäß den Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) von November 2000 über neue Teilnehmer nachzukommen.

Nachstehend erhalten Sie den Bericht Finnlands zu dem vorgenannten Punkt:

Neue Teilnehmer

Was Finnland anbelangt, so gibt es nur eine Maßnahme in dem Bericht von 1999, die als potenziell schädlich eingestuft wird (B008, Ålandinseln - Captive Versicherungsgesellschaften). Nach Angaben der Provinzialregierung der Ålandinseln gibt es keine Gesellschaften, denen die Vergünstigungen der Regelungen für captive (konzerneigene) Versicherungsgesellschaften gewährt werden.

Wie bereits früher ausgeführt, hat die Provinzialregierung mitgeteilt, dass sie sich in dieser Situation zu einer Änderung ihrer Rechtsvorschriften über captive Versicherungsgesellschaften politisch nicht verpflichtet sieht. Als Begründung für ihre Ansicht hat die Provinzialregierung angegeben, dass bei der Ausarbeitung der Regeln des Verhaltenskodex nicht genug Offenheit geherrscht habe, um die Provinzialregierung in die Lage zu versetzen, den Inhalt der Arbeiten zu beurteilen. Die Provinzialregierung vertritt zudem die Ansicht, dass der derzeitige Beschluss nur steuerliche Maßnahmen betrifft, die potenziell schädlich sind.

Die Provinzialregierung hat jedoch ihre Bereitschaft bekundet, weitere politische Erörterungen über die Änderung ihrer steuerlichen Maßnahmen zu führen. Die finnische Regierung wird weiterhin politische Erörterungen mit der Provinzialregierung führen, und zwar auch in Bezug auf mögliche (neue) Teilnehmer nach dem 31. Dezember 2001.

FRANKREICH

STAATSSSEKRETÄRIN FÜR DEN HAUSHALTSPLAN

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der Sitzung der Gruppe "Verhaltenskodex" vom 26. September 2001 haben Sie den Wunsch geäußert, dass Ihnen zur Vorbereitung der Sitzung am 17. Oktober 2001 und des nächsten Berichts an den Rat (Wirtschaft und Finanzen) Angaben zu den in Aussicht genommenen Rücknahmemaßnahmen übermittelt werden.

Frankreich hat vollständige Antworten zu den Änderungen vorgelegt, die es in Aussicht nehmen könnte, um den von ihm eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der Rücknahme von in der Liste der schädlichen Regelungen enthaltenen Regelungen nachzukommen, allerdings vorbehaltlich der Stellungnahme des Parlaments (vgl. vorhergehende Mitteilungen vom 22. März 2000, 19. Oktober 2000 und 20. April 2001).

Die Rücknahme ist in Frankreich bereits eingeleitet worden, da im Haushaltsgesetz für 2001 Änderungen an der Regelung für Rückstellungen für die Erschließung von Kohlenwasserstofflagerstätten vorgenommen wurden, wodurch unseres Erachtens die Schädlichkeit beseitigt wird. Dementsprechend wäre es wünschenswert, dass die Gruppe eine sachbezogene Prüfung der Maßnahmen durchführt, die von den Mitgliedstaaten getroffen oder in Aussicht genommen worden sind, um ihre Regelungen zurückzunehmen oder deren als schädlich eingestuften Merkmale zu beseitigen.

Was die Rücknahme und die Frage der neuen Teilnehmer anbelangt, so sind diese beiden Punkte unseres Erachtens eng miteinander verknüpft und werden ab 1. Januar 2002 gleichzeitig behandelt. Wir wären in der Lage, die notwendigen Vorkehrungen vor Ende dieses Jahres zu treffen. Allerdings könnte die Einleitung von Verfahren bezüglich staatlicher Beihilfen diesen Zeitplan beeinträchtigen. Wir ziehen nämlich nicht in Betracht, dem Parlament zu Regelungen, zu denen es sich bereits im Rahmen des Verhaltenskodex geäußert haben würde, nach kurzer Zeit Änderungen unterbreiten zu müssen.

Die in dem Bericht von November 1999 enthaltene Fußnote, in der auf den französischen Standpunkt verwiesen wird, der darin bestand, erneut den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Komponenten des Steuerpakets herauszustellen, könnte gestrichen werden.

(Schlussformel)

Florence Parly

Frau Dawn Primarolo
Vorsitzende der Gruppe "Verhaltenskodex"
H.M. Treasury
Parliament Street
LONDON SW1 P3 AG
Vereinigtes Königreich

DEUTSCHLAND

4. Oktober 2001

Betrifft: Rücknahme: Antwort der deutschen Delegation

Sehr geehrte Frau Babiker,

was die Rücknahme der Regelung AAM019 (Gewinnaufschlagsatz bei Kontroll- und Koordinierungsstellen ausländischer Konzerne in der Bundesrepublik Deutschland) anbelangt, so möchte ich darauf hinweisen, dass Deutschland diese Regelung mit Wirkung vom 1. Januar 2001 aufgehoben hat (siehe Dok. 14430/00 FISC 219).

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Lars Poltorek

Bundesministerium der Finanzen

GRIECHENLAND

**HELLENISCHE REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR FINANZEN
INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN
ABTEILUNG STEUERANGELEGENHEITEN**

Datum: 12. Oktober 2001

An
das Sekretariat GD G "Steuern"
z.H. von Frau Sue Babiker

Betrifft: Rücknahme: Bemerkungen im Anschluss an die Sitzung der Gruppe "Verhaltenskodex"
vom 26. September 2001
Bezug: Ihr Dokument vom 2. Oktober 2001

Zu dem im Betreff genannten Punkt möchten wir Ihnen mitteilen, dass nach Artikel 7 eines Gesetzesentwurfs, der dem griechischen Parlament unlängst zur Ratifikation unterbreitet wurde, die Aufhebung des Gesetzes Nr. 89/1967 (von der Kontaktgruppe "B.11-Regelung" bezeichnet) vorgesehen ist.

Die Bestimmungen des genannten Artikels 7 lauten im Einzelnen wie folgt:

Absatz 1: Die im Gesetz Nr. 89/1967 (ABl. 132A) vorgesehenen Zoll- und Steuerbefreiungen und etwaigen Vergünstigungen gelten ab dem 1. Januar 2002 nicht mehr für in Griechenland niedergelassene ausländische gewerbliche Unternehmen.

Absatz 2: Unternehmen im Sinne des Absatzes 1, die derzeit unter das Gesetz Nr. 89/1967 fallen, sind in Bezug auf Zoll- und Steuerbefreiungen weiterhin bis zum 1. Dezember 2005 erfasst.

Im Auftrag des Ministers
C. Nihoritis
Direktor

IRLAND

9. Oktober 2001

Frau Sue Babiker
Gruppe "Verhaltenskodex"
HM Treasury,
Parliament St.,
LONDON FWIP 3 AG

Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)

- (1) Rücknahme und neue Teilnehmer
- (2) Streichung von Fußnoten im Bericht vom November 1999

Sehr geehrte Frau Babiker,

Dem Wunsch des Vorsitzes entsprechend füge ich bei:

- einen Bericht über die Umsetzung seitens Irlands der Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000, insbesondere über die Rücknahme und die neuen Teilnehmer
- und
- einen Vermerk zum derzeitigen Standpunkt Irlands in Bezug auf die Fußnoten im Bericht vom November 1999 – Irland zieht drei seiner vier Vorbehalte angesichts der inzwischen erfolgten Arbeiten der Gruppe zurück.

Hochachtungsvoll

Donal McNally
Zweiter Generalsekretär

Umsetzung der in den Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 vorgesehenen Verpflichtung in Bezug auf neue Teilnehmer

Auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 kamen die Minister überein,

"dass schädliche Regelungen nur bis zum 31. Dezember 2001 auf zusätzliche Unternehmen ausgedehnt werden dürfen, es sei denn diese Regelungen fallen unter einen geltenden Beschluss der Kommission, in dem eine längere Dauer im Rahmen der staatlichen Beihilfen vorgesehen ist, und in allen Fällen nur bis zum 31. Dezember 2002 auf diese Unternehmen angewandt werden dürfen." (Nummer 4 der Schlussfolgerungen zum Verhaltenskodex).

Neue Teilnehmer: In Bezug auf die fünf Regelungen Irlands, die von einer Mehrheit in der Gruppe "Verhaltenskodex" als schädlich betrachtet wurden, ergibt sich folgender Sachstand:

B001 Internationales Finanzdienstleistungszentrum (Dublin)	Die Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 betreffend neue Teilnehmer wurden umgesetzt.
C024 Steuersatz von 10% für das verarbeitende Gewerbe	Die Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 betreffend neue Teilnehmer wurden umgesetzt.
C025 Besteuerung von Erdölgesellschaften	Diese Regelung kann nicht mehr als schädlich betrachtet werden, da der auf neue Teilnehmer und bestehende Unternehmen angewandte Steuersatz (25 %) nunmehr höher als der allgemein geltende Steuersatz (20 %) ist.
D017 Shannon Airport Zone	Die Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 betreffend neue Teilnehmer wurden umgesetzt.
E007 Auslandseinkünfte	Die Schlussfolgerung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 betreffend neue Teilnehmer wurden umgesetzt.

Sachstand in Bezug auf die Fußnoten Irlands in dem Bericht vom November 1999:

Fußnote 4	Irland kann nunmehr der Streichung der Fußnote 4 zustimmen.
Fußnote 21	Der in Fußnote 21 geltend gemachte Vorbehalt ist für Irland äußerst wichtig und soll daher weiterhin in dem Bericht erscheinen. Der Kodex enthält keine Bestimmung, auf deren Grundlage das Ausmaß der Besteuerung in einem anderen Land als Teil der Bewertung einzelner Regelungen betrachtet werden könnte.
Fußnote 28	Die Regelung E007 ist nunmehr zurückgenommen worden; es gibt jedoch eine begrenzte Anzahl von Übergangsfällen. In Anbetracht dessen, wünscht Irland die Fußnote 28 vorerst beizubehalten.
Fußnote 38	Da die Regelung C24 entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 vollständig zurückgenommen wurde, kann Irland nunmehr der Streichung der Fußnote 38 zustimmen, allerdings mit Ausnahme des letzten Satzes, der lediglich eine sachliche Feststellung zur Regelung C25 ist.

ITALIEN

In Ihrem Schreiben vom 12. Februar dieses Jahres bitten Sie mich, unter Bezugnahme auf die Arbeiten der Gruppe "Verhaltenskodex" anzugeben, welche Initiativen die italienische Regierung hinsichtlich der im Falle unseres Landes genannten Regelungen zu ergreifen gedenkt.

Wie Sie wissen, wird im Bericht der Gruppe "Verhaltenskodex" an den Rat (Wirtschaft und Finanzen) vom 29. November 1999 unter den als wirklich schädlich einzustufenden Maßnahmen als einzige Italien betreffende Maßnahme die Regelung über das Finanzdienstleistungs- und Versicherungszentrum von Triest (Artikel 3 des Gesetzes Nr. 19 vom 19. Januar 1991) genannt.

Was diese Regelung angeht, so versichere ich Ihnen, dass sich Italien verpflichtet sieht, dieses Zentrum gar nicht erst einzurichten. Eine derartige Mitteilung ist der Kommission (Generaldirektion Wettbewerb) über die Ständige Vertretung bereits im September 2000 förmlich zugegangen.

Ich versichere Ihnen erneut, dass Italien den erfolgreichen Fortgang der Arbeiten der Gruppe "Verhaltenskodex" und des gesamten Steuerpakets rückhaltlos unterstützt.

LUXEMBURG

Verhaltenskodex - Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Sitzung vom 26. September 2001

Rücknahme

Antwort der luxemburgischen Delegation

Einleitung

In der Aufzeichnung des Vorsitzes über den vorgeschlagenen Zeitplan und das künftige Arbeitsprogramm in der aus den Beratungen der Gruppe "Verhaltenskodex" vom 28. Juni 2001 hervorgehenden Fassung (Dok. 10302/1/01 REV 1 FISC 122) heißt es:

"7. *Damit die Gruppe die Beratungen über die Rücknahme im Zusammenhang mit den 66 in Anlage C des Berichts der Gruppe an den Rat (Wirtschaft und Finanzen) vom 29. November 1999 aufgeführten Maßnahmen voranbringen kann, ist für den Rat (Wirtschaft und Finanzen) ein Bericht auszuarbeiten, der Folgendes zum Gegenstand haben soll:*

- *die Maßnahmen, zu denen sich die Mitgliedstaaten bereit erklärt haben, um ihrer Verpflichtung gemäß den Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 über neue Teilnehmer nachzukommen, sowie*
- *die Frage, ob die Mitgliedstaaten ihre in den Fußnoten des Berichts von November 1999 wieder gegebenen Vorbehalte angesichts der anschließend von der Gruppe geleisteten Arbeit aufrecht erhalten wollen."*

Gemäß diesem Arbeitsprogramm beabsichtigt die Gruppe "Verhaltenskodex", in ihrer Sitzung am 17. Oktober 2001 die Frage der Rücknahmen zu behandeln.

Die luxemburgische Delegation begrüßt die Wiederaufnahme der Arbeiten in Bezug auf die Rücknahmen, da diese für ein ausgewogenes Steuerpaket unerlässlich sind. Sie sieht sich jedoch veranlasst, darauf hinzuweisen, dass diese Arbeiten nicht nur durch die Fußnoten im Bericht vom November 1999, sondern auch durch eine Reihe weiterer Faktoren behindert werden, zu denen unter anderem Folgende gehören:

- Der Umstand, dass die Liste der schädlichen Regelungen vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) immer noch nicht förmlich angenommen worden ist;

- die jüngste Initiative der Kommission bezüglich staatlicher Beihilfen;
- einige der Erklärungen, die im Rahmen der Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 26./27. November 2000 abgegeben worden sind;
- die Unklarheit darüber, was Kriterien des Kodex/"Elemente" des Schlussberichts/"Elemente" der "Leitlinien" sind;
- die Unsicherheit darüber, was mit den Anträgen auf Verlängerung der Maßnahmen geschehen wird.

Insbesondere kann die Einleitung von Verfahren wegen Vertragsverletzung durch die Kommission gegen einige Mitgliedstaaten in Bezug auf einige der in der Liste der 66 Maßnahmen aufgeführten Regelungen die Rücknahme nach dem Kodex insofern beeinträchtigen, als es um ein gerichtliches Verfahren geht, für das eigene Regeln gelten, so dass einige Maßnahmen im Kodex bzw. durch den Kodex erfasste Maßnahmen Probleme bereiten oder sogar mit dem eingeleiteten Beihilfeverfahren unvereinbar sein können.

Zudem herrscht weiterhin Unsicherheit hinsichtlich weiterer Maßnahmen. Beispielsweise ist festzustellen, dass die Kommission im Rahmen der Verfahren in Bezug auf staatliche Beihilfen um Informationen gebeten hat, ohne bislang entschieden zu haben, ob sie ein Verfahren wegen Vertragsverletzung eröffnet. Aus dieser Unsicherheit ergeben sich mehrere Konsequenzen, die die Arbeiten im Rahmen des Kodex erschweren. Beispielsweise sei darauf hingewiesen, dass es im Falle der Rücknahme einer Regelung nicht sicher ist, ob diese Rücknahme den Anforderungen in Bezug auf Beihilfen entspricht, falls die Regelung als Beihilfe angesehen wird, und dass eine Rücknahme als solche sich rechtlich auf die Entscheidung der Kommission in Bezug auf staatliche Beihilfen auswirken kann.

Wie erinnerlich besteht ein Ziel, wenn nicht sogar das Hauptziel des Buchstabens J des Kodex, der die strikte Anwendung der Regeln über Beihilfen vorsieht, darin zu vermeiden, dass im Bereich der staatlichen Beihilfen Regelungen erlassen oder weiterhin genehmigt werden, die den als schädlich angesehenen Regelungen gleichen.

Rücknahme/Ausdehnung auf zusätzliche Unternehmen

In den Schlussfolgerungen von November 2000 über das Steuerpaket haben sich die Mitgliedstaaten grundsätzlich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass schädliche Regelungen nur bis zum 31. Dezember 2001 auf zusätzliche Unternehmen ausgedehnt und nur bis zum 31. Dezember 2002 auf diese Unternehmen angewandt werden dürfen.

Festzustellen ist, dass die betreffende Verpflichtung für "schädliche Regelungen" und nicht für die "in der Anlage C des Bericht der Gruppe "Verhaltenskodex" für die Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 29. November 1999 aufgeführten Maßnahmen" gilt und somit eine Einigung über die Liste der schädlichen Maßnahmen bis zum Jahresende voraussetzt. Der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 10. Juli 2001 festgelegte Zeitplan für das Steuerpaket sieht jedoch keine derartige Einigung im Jahre 2001 vor.

Die luxemburgische Delegation ist bereit, das Erforderliche zu tun, um zusammen mit den übrigen Mitgliedstaaten und deren abhängigen oder assoziierten Gebieten ihren diesbezüglichen Verpflichtungen im Allgemeinen sowie hinsichtlich der neuen Teilnehmer im Besonderen innerhalb der gesetzten Fristen nachzukommen.

Für zwei der luxemburgischen Maßnahmen, die auf der Liste in Anlage C des Berichts vom November 1999 aufgeführt sind, nämlich für die Koordinierungszentren und für die Finanzgesellschaften, gibt es logischerweise keine neuen Teilnehmer mehr, da die beiden betreffenden Rundschreiben außer Kraft gesetzt worden sind.

Hinsichtlich der drei übrigen luxemburgischen Maßnahmen, die in Anlage C des Berichts vom November 1999 aufgeführt werden, vertritt Luxemburg die Ansicht, dass die Annahme der Liste der schädlichen Maßnahmen eine unerlässliche Vorbedingung für die Einleitung der erforderlichen legislativen Verfahren auf nationaler Ebene bildet.

Unbeschadet dieser allgemeinen Bemerkungen und unter Hinweis auf die vorstehenden Bemerkungen zu den staatlichen Beihilfen ist die luxemburgische Delegation bereit, die nachstehend aufgeführten Maßnahmen in Betracht zu ziehen, um seiner Verpflichtung in Bezug auf neue Teilnehmer nachzukommen.

Was die Regelung für Holdinggesellschaften 1929 anbelangt, so ist Luxemburg bereit, das Gesetz vom 31. Juli 1929 über die steuerliche Behandlung finanzieller Beteiligungsgesellschaften (Holdinggesellschaften) zu ändern.

Was die Rückstellung für die Schwankungen der Schadenshäufigkeit im Bereich der Rückversicherung betrifft, so teilt Luxemburg - wie erinnerlich - nicht die Einschätzung der Gruppe. Es ist dennoch bereit, die großherzogliche Verordnung vom 20. Dezember 1991 zu ändern, die zur Durchführung der Artikel 95, 96, 98 und 99 des Gesetzes vom 6. Dezember 1991 über den Versicherungssektor und speziell über Rückversicherungen erlassen worden ist.

Hinsichtlich der Finanzniederlassungen ist Luxemburg bereit, Verhandlungen mit der Schweiz über ein Zusatzabkommen zum Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Luxemburg mit dem Ziel aufzunehmen, die darin vorgesehene Steuerbefreiung durch eine Steuergutschrift zu ersetzen, falls dies erforderlich sein sollte, um die Regelung für die Niederlassungen entsprechenden Regelungen anzupassen, die in anderen Mitgliedstaaten bestehen und im Kodex nicht aufgeführt sind.

Fußnoten im Bericht vom November 1999

Der Bericht vom November 1999 enthält drei von der luxemburgischen Delegation veranlasste Fußnoten.

In der ersten erinnert die luxemburgische Delegation daran, dass sich der Verhaltenskodex auf die Unternehmensbesteuerung bezieht und den Maßnahmen gilt, die den Standort für wirtschaftliche Aktivitäten in der Gemeinschaft spürbar beeinflussen oder beeinflussen können, und weist darauf hin, dass sie sich dem gewählten asymmetrischen Ansatz nur sehr schwer anschließen kann, der darin besteht, dass weitgehend nur Maßnahmen betreffend Dienstleistungen innerhalb einer Unternehmensgruppe, Finanzdienstleistungen und "Offshore"-Gesellschaften als "positiv" (d.h. schädlich) eingestuft worden sind.

In der zweiten die luxemburgische Delegation betreffenden Fußnote geht es um die Beurteilung der Maßnahme B7 "Schwankungsrückstellungen in Rückversicherungsgesellschaften". In dieser Fußnote weist Luxemburg zudem erneut auf seinen (in Dokument FISC 211/98 ADD 1 erläuterten) Standpunkt hinsichtlich der Beurteilung der Kriterien 1b und 2b sowie auf seinen Standpunkt zur Nichtanwendung des Buchstaben G Absatz 1 des Kodex (zwischenstaatlicher Vergleich) hin.

Die luxemburgische Delegation beabsichtigt, an diesen beiden Fußnoten festzuhalten. Was insbesondere die Fragen des Anwendungsbereichs des Kodex, der Auslegung verschiedener Kriterien sowie der Nichtanwendung eines zwischenstaatlichen Vergleichs angeht, so kam es nämlich in den weiteren Beratungen der Gruppe im Vergleich zum Bericht vom November 1999 zu keiner größeren Ausgewogenheit. Die Bedenken Luxemburgs werden zudem noch insbesondere durch die Erweiterung der Europäischen Union und das Fehlen einer Überarbeitung des Kodex verstärkt.

In der dritten Fußnote, die die Beurteilung der als "Steuerbefreiung von Beteiligungen" bezeichneten Maßnahmen betrifft, legt Luxemburg eine Art Prüfungsvorbehalt wegen der unklaren Bezugnahme auf die Auswirkung des Bestehens von Rechtsvorschriften über verbundene ausländische Unternehmen auf die Beurteilung der "Steuerbefreiungen von Beteiligungen" als schädliche oder unschädliche Maßnahme ein. Die luxemburgische Delegation ist bereit, diese Fußnote aufzuheben.

NIEDERLANDE

HM Treasury
z. Hd. von Frau Dawn Primarolo
Parliament Street
SW1P 3AG LONDON

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Sehr geehrte Frau Primarolo,

in Beantwortung Ihres Schreibens, in dem Sie um Informationen zur Rücknahmeverpflichtung nachsuchen und fragen, ob die Niederlande ihre im Bericht von 1999 eingelegten Vorbehalte aufrechterhalten wollen, möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Die Niederlande haben zum 1. April 2001 ihre Politik betreffend Vorabvereinbarungen geändert, d.h. dass die derzeitige Praxis durch eine APA/ATR-Praxis (Vorabvereinbarungen über die Verrechnungspreisgestaltung/Steuervorauszahlungsmethode) ersetzt wird. Die Anforderungen, die für die APA-Gewährung erfüllt sein müssen, stehen völlig in Einklang mit den diesbezüglichen 1999 veröffentlichten Richtlinien der OECD-Leitsätze für Verrechnungspreise. Dies bedeutet, dass von Fall zu Fall beurteilt wird, ob die richtige Verrechnungspreismethode und die richtigen Benchmarks angewandt werden. Feste Margen für bestimmte Aktivitäten werden nicht mehr verwendet. Es wird eine regelmäßige Überprüfung der Margen im Vergleich zu normalen Handelskriterien vorgenommen. Die Dekrete zur Einführung der APA/ATR-Praxis sind veröffentlicht worden. Ferner werden die Grundsätze, auf denen der Abschluss oder die Verweigerung von APA/ATR basieren, veröffentlicht, falls die betreffenden Grundsätze nicht bereits zuvor öffentlich bekannt gegeben worden sind. Somit wird völlige Transparenz garantiert. Alle Dekrete über die APA/ATR-Praxis sind als Anlage in englischer Übersetzung beigelegt. Diese Dekrete befinden sich auch auf der Website des niederländischen Finanzministeriums.

Im Übrigen wird dem niederländischen Parlament eine Gesetzesvorlage unterbreitet, wonach der Fremdvergleichsgrundsatz kodifiziert werden soll. Aufgrund dieser Kodifizierung wird der Fremdvergleichsgrundsatz nach Artikel 9 des OECD-Musterabkommens in den Niederlanden Anwendung finden. Das Gesetz dürfte nächstes Jahr in Kraft treten.

Durch die Einführung der APA-Praxis wurden ab dem 1. April 2001 die verbindlichen Zusagen in den nachstehend genannten Bereichen geändert, womit der europäischen Kritik vollauf Rechnung getragen worden ist:

- Anwendung der Kostenaufschlagsmethode (cost-plus ruling)
- Anwendung der Wiederverkaufspreismethode (resale minus ruling)
- Konzerninterne Finanzierungsaktivitäten
- Niederlassungen von Finanzunternehmen
- Lizenzgebühren
- Sonderfälle
- US-Vertriebsunternehmen (FSC).

Zum "informellen Kapital" ist zu sagen, dass es hierbei nicht um eine spezifische Maßnahme geht, sondern um einen allgemeinen Grundsatz, der sich aus dem niederländischen Körperschaftsteuersystem ergibt. Dieser Grundsatz bewirkt, dass bei der Besteuerung der Fremdvergleichsgrundsatz angewendet wird. Alle Aspekte der verbindlichen Zusagen, die "informelles Kapital" betreffen, werden daher im Rahmen der APA-Praxis darauf hin geprüft, ob sie mit den OECD-Leitsätzen für Verrechnungspreise im Einklang stehen.

Auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 26./27. November 2000 haben sich die Mitgliedstaaten auf Leitlinien betreffend die Stillhalteverpflichtung und die Rücknahmeverpflichtung geeinigt, in denen u.a. die Frage der Holdinggesellschaften geregelt wird. Nach der auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom November 2000 geäußerten Ansicht der Niederlande steht die Steuerbefreiung von Beteiligungen vollauf im Einklang mit diesen Leitlinien.

Ogleich die Kommission ein Verfahren in Bezug auf staatliche Beihilfen wegen der Maßnahme "Internationale Finanzierungstätigkeiten" eingeleitet hat, sind die Niederlande bereit, sich zur Fortsetzung des von der Gruppe "Verhaltenskodex" eingeleiteten Prozesses zu verpflichten. Die Niederlande sind indessen der Auffassung, dass das Problem des Fehlens gleicher Ausgangsvoraussetzungen bei der Besteuerung von Finanzierungstätigkeiten und sonstiger Mobilien-Transaktionen in der EU erörtert werden sollte.

Die Niederlande haben sich im Rahmen des Verhaltenskodex dazu verpflichtet, sich nach besten Kräften darum zu bemühen, dass die Grundsätze des Verhaltenskodex in den von ihnen abhängigen oder mit ihnen assoziierten Gebieten Anwendung finden. Die Niederlande sind bestrebt, dafür zu sorgen, dass sowohl Aruba als auch die Niederländischen Antillen sich an die Grundsätze des Verhaltenskodex halten.

Konsultationen mit diesen autonomen Staaten, die Teil des Königreichs der Niederlande sind, haben bereits zu Ergebnissen geführt. Die Regierung der Niederländischen Antillen und Aruba haben zugesagt, sich am OECD-Prozess bezüglich des schädlichen Steuerwettbewerbs zu beteiligen, und ein Abkommen mit den Niederlanden geschlossen, in dem sie zugesagt haben, ihre Steuervorschriften den OECD- und EU-Standards für internationale Akzeptanz anzupassen bzw. auf einem entsprechenden Stand zu halten.

Schließlich sei noch bemerkt, dass die Niederlande ihre Vorbehalte zu dem Bericht vom November 1999 aufrecht zu erhalten wünschen.

(Schlussformel)

M. Brabers

Generaldirektor für Politik und Rechtswissenschaften im Steuer- und Zollwesen

Anlage: Dekrete über die APA-Praxis

Advance certainty; good faith between treaty partners¹

Directorate for Legal Affairs

Decree of 30 March 2001, No. BOB2001/698M

The State Secretary for Finance has decreed as follows.

The Decree of 21 July 1995 (No. AFZ94/4519M) on fiscal implementation policy, standpoint provisions and appeals policy (as amended by the Decree of 26 January 1997 (No. AFZ94/4609M) sets out the rules for the provision of advance certainty by the tax administration. This decree provides a further explanation of those situations in which advance certainty will not be provided.

1. Introduction

In his letter to parliament of 17 February 1995 (No. DB96/716M), the State Secretary for Finance made the following remarks about the conditions under which advance certainty may be issued: “No rulings can be issued in cases of abuse of law or where such an action could constitute a breach of good faith between treaty partners”. Under the Decree Transfer prices, the application of the arm's length principle and the OECD Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations (OECD Guidelines) of 30 March 2001 (No. IFZ2001/295M), the policy as published in the above mentioned letter was withdrawn. The present decree makes it clear that, in the future, the government will continue to pursue a policy based on the principle that no advance certainty will be granted if this is in breach of good faith between treaty partners and/or of general international interests.

1. This document contains an unofficial English translation by the Netherlands' Ministry of Finance of Decree No. BOB2001/698M, officially published in Dutch on 30 March 2001. Rights can only be derived from the original Dutch text of the decree.

2. Good faith

No advance certainty will be granted if this is in breach of good faith between treaty partners and/or of general international interests.

This means, for example, that the requested advance certainty will not be granted if the tax inspector suspects that doing so would be detrimental to the interests of a treaty partner or to another international interest.

A strong indication that providing advance certainty would be contrary to good faith between treaty partners arises if one or more aspects that are inherent in the proposed structures and/or to all of the various transactions related to the application for advance certainty would be contested if they occurred in the Netherlands (i.e. if the applicant is patently testing the limits of fiscal regulations). This strong indication that providing advance certainty would be contrary to good faith between treaty partners can be removed by imposing supplementary conditions on such advance certainty. In this respect the applicant may be asked to demonstrate that the treaty country or countries which are to be confronted with the aspects in question is or are aware of the overall structure and the series of connected transactions for which the advance certainty is requested in the Netherlands. An example of a situation in which it is possible to remove a suspicion that the provision of advance certainty would be contrary to good faith between treaty partners, is where a professional sportsman who is not resident in the Netherlands applies for advance certainty for the tax implications of a number of related transactions that have the effect of transferring the (legal and/or economic) interests of the sportsman's right to his name and image to an entity that is taxed at a rate which would not be considered as being reasonable by Dutch standards. There is a real risk in this situation that the tax base would be eroded either in the country in which the sportsman has built up his name and image or in the country in which the sportsman is a resident. For this reason, advance certainty will be provided in such cases only if the applicant is able to demonstrate that the tax administration in the country in which the sportsman has built up his name and image and/or in the country in which the sportsman is a resident is aware of the series of related transactions.

I have included other examples of situations which would be detrimental to the interests of a treaty partner inter alia in the Decree Entities providing intra-group financial services without a real economic presence in the Netherlands; no advance certainty, exchange of information and limited opportunities for crediting withholding tax (the Decree of 30 March 2001 (No. IFZ2001/294M), Paragraph 2).

An example of a situation that is contrary to general international interests is where goods are invoiced with the aim of concealing their origin and thereby evading an international boycott.

As a final point, no advance certainty is given, of course, if the tax inspector suspects that the information disclosed to the relevant foreign authorities is either inaccurate or inconsistent.

Procedure for dealing with requests for advance certainty in respect of transfer prices in cross-border transactions (advance pricing agreements) ¹

International Tax Policy and Legislation Directorate, Multilateral Affairs Division

Decree of 30 March 2001, No. IFZ2001/292M

The State Secretary for Finance has decreed as follows.

An advance pricing agreement (APA) provides advance approval on the determination of an arm's length price or a method for the determination of such a price for cross-border transactions (goods and services) between associated entities and between different parts of the same entity. The *Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations* published by the OECD in 1995 (hereinafter the OECD Guidelines) provide detailed guidance on the arm's length principle as included in Article 9 of the OECD Model Tax Convention.

The possibility of requesting an APA is being introduced into the national legislation of a growing number of countries. In October 1999, the Committee for Fiscal Affairs of the OECD published further procedural guidance (hereinafter the APA Guidelines) for the provision of such advance certainty. The APA Guidelines constitute a detailed explanation of Paragraphs 4.124 to 4.166 of the OECD Guidelines. The APA Guidelines are included as an Annexe to the OECD Guidelines². The present decree provides detailed guidance on the application of the APA Guidelines in the Netherlands' tax practice.

1. This document contains an unofficial English translation by the Netherlands' Ministry of finance of Decree No. IFZ 2001/292M, officially published in Dutch on 30 March 2001. Rights can only be derived from the original Dutch text of the decree.

2. The Dutch translation of the OECD Guidelines is included in binder *Internationale Fiscale Zaken* (Binder A), number 750.00.00.

This decree is not aimed at violating the rights and obligations set out in the General Taxes Act. The provision by the Netherlands' tax authorities of certainty falls within the scope of the Decree on Fiscal implementation policy, standpoint provisions and appeals policy (the Decree of 21 July 1995 (No. AFZ 94/4519M), as amended by the Decree of 26 January 1998 (No. AFZ97/4609M) and as further expanded by the Decree on advance certainty and good faith between treaty partners of 30 March 2001 (No. BOB 2001/698M)).

Since an APA provides advance certainty on the determination of transfer prices in an international context, the consequences of this certainty will not be limited to the Netherlands' tax base. This is what distinguishes an APA from giving advance certainty in a national context.

1. Organisation

A request for an APA should be addressed to the competent tax inspector. The tax inspector will always submit the request to the APA/ATR team of the Tax Office (Large Enterprises) in Rotterdam for binding advice. The APA/ATR team of the Tax Office (Large Enterprises) in Rotterdam will consult with the Co-ordination Group on Transfer Pricing (CGTP) in respect of the possible policy related aspects associated with the request which have not been published yet as part of existing policy in order to ensure that policy is consistent in both principle and practice. One of the members of the APA/ATR team of the Tax Office (Large Enterprises) in Rotterdam will at the same time be a member of the Co-ordination Group on Transfer Pricing.

If a request for the conclusion of a bilateral APA is submitted, the APA/ATR team of the Tax Office (Large Enterprises) in Rotterdam will immediately send a copy of the request to the Co-ordination Group on Transfer Pricing and to the International Tax Policy and Legislation Directorate of the Ministry of Finance. The International Tax Policy and Legislation Directorate will, as the competent authority for the Netherlands, notify the competent authority of the other state concerned of the request in order to start the bilateral procedure.

In order to accelerate the procedure of bi- and multilateral APAs, associated entities that are involved in such APA requests are advised to submit a request simultaneously to the competent authority in all the other states concerned. This will allow the states to start the assessment of the request at the same time instead of successively.

2. Unilateral or bilateral

The proceedings of the Netherlands' tax administration will in principle be aimed at concluding a bilateral APA. The consultation with the competent authorities of treaty countries for the conclusion of bilateral APAs is based on Article 25 of the OECD Model Tax Convention. Although a bilateral APA provides advance certainty to both sides, the tax administration cannot prescribe its use by taxpayers. In addition, in order to be able to enter into a bilateral APA, the Netherlands must have entered into an agreement for the avoidance of double taxation with that state that contains a provision similar to Article 25 of the OECD Model Tax Convention. The other state must also be prepared to enter into such a preliminary consultation. These circumstances may prevent the conclusion of a bilateral agreement. In less complex cases, for example, when only limited functions are performed with which little risk is involved or in cases with sufficient comparable data available, an unilateral APA may be preferable.

In certain circumstances, a taxpayer may wish to seek advance certainty in more than two countries and requests a multilateral APA. The tax administration will, in principle, co-operate with such requests. Should one or more states have, however, any objections to such a procedure, the request will be regarded as a request for the conclusion of various separate bilateral APAs. The applicant will be informed by the Tax Office (Large Enterprises) in Rotterdam on the division of the request into various separate requests for bilateral APAs.

3. Scope of an APA

An APA may include all of the transfer pricing issues relating to a taxpayer. The taxpayer has, however, a certain amount of flexibility to limit the request to specified related entities or specific transactions. Reference is made to Paragraph 4.137 of the OECD Guidelines. This does not mean that an APA request will be assessed in isolation. In its assessment of the request, the tax administration takes into account all of the relevant facts and circumstances that relate to the transaction(s) for which advance certainty is requested, such as, for example, the organisational structure that is chosen.

4. Duration

An APA is valid for the period specified in the agreement. On the one hand, it is desirable to provide approval for as long as possible a period in order to assess the tax implications of a business decision in advance as accurately as possible. On the other hand, a long period makes the predictions as to the future conditions on which the request is based less accurate thereby potentially casting doubt on the reliability of the methodology used in the request. The applicant is required to indicate for what period the advance certainty is desired and to provide reasons to support the acceptability of the use of this period. The acceptability of the period will, in particular, depend on the character of the activities and the period for which the facts and circumstances that affect the determination of the transfer prices can be regarded as retaining their relevance. In principle, the duration of the arrangement will be limited to four or five years. Exceptions may be made relating to, for example, long-term contracts.

At the expiry of the agreed period, on the request by the taxpayer, the tax authorities will assess whether or not a new APA can be concluded under the same conditions.

5. Retroactive effect

Although an APA normally applies to future transactions, the transaction or transactions to which a request relates may already have taken place in whole or in part before agreement is reached on the APA request. Then an APA may in certain cases apply to the transactions already concluded, provided that the taxpayer has requested this retroactive effect.

In principle, a requirement for retroactive effect is that the relevant facts and circumstances in the relevant period in the past are comparable to the facts and circumstances that are the basis for the APA request. Should there be recognisable differences in the relevant facts and circumstances, such a request can be considered if the applicant can demonstrate that for these differences accurate adjustments can be made to eliminate the material differences. When a request is made for an unilateral APA, the tax administration will take a request for retroactive effect only into consideration when it has been established that the retroactive effect does not lead to a reduction of the taxable profits in the outstanding years, which could effectively lead to part of the profits not being taxed at all.

6. The APA request

Depending on the facts and circumstances of each case, the taxpayer will have to submit the following information to the tax administration:

- (a) information on the transactions, products, business or arrangements that will be covered by the request (including, if applicable, a brief explanation of why not all of the transactions, products, business or arrangements of the taxpayer(s) involved in the request have been included);
- (b) information about the enterprises and permanent establishments involved in these transactions or arrangements;
- (c) the names of the other state or states to which the request relates;
- (d) information regarding the worldwide organisational structure (including information on the beneficial owners of the applicant's capital), history, financial data, products and functions, including the assets (tangible and intangible) and risks of any of the associated enterprises involved;
- (e) a description of the proposed transfer pricing methodology, including a comparability analysis which includes comparable data from unrelated market parties and possible adjustments;
- (f) the assumptions underpinning the request and a discussion of the effect of changes in those assumptions or other events, such as unexpected results, which might affect the continuing validity of the request;
- (g) the financial years to be covered; and
- (h) a general description of market conditions, for example, industry trends and the competitive environment.

Ad e. Transfer pricing methodology

The tax administration will start the assessment of a request in accordance with Paragraph 4.9 of the OECD Guidelines from the perspective of the method as proposed by the applicant. It follows that the taxpayer is free, in principle, in his choice of a transfer pricing method, provided that the chosen method leads to an arm's length remuneration for the specific transaction for which advance certainty is requested. The taxpayer has to substantiate the choice for a specific method.

Ad f. Critical assumptions

An APA relates to remuneration for transactions that have not yet taken place. It is, therefore, necessary to include in the determination agreement the critical assumptions, for example, operational and economic circumstances that may affect remuneration for the transactions when they take place. The taxpayer should include a description of these critical assumptions in his request. The purpose of the critical assumptions is to protect both the taxpayer and the tax administration against the risk that the agreement leads to results that are not in accordance with the arm's length principle. The assumptions should be phrased in such a way that the certainty remains applicable when the elements that are covered by the critical assumptions stay within certain margins. This prevents the situation arising that, for every variation from the starting situation, the APA has to be revised or reconsidered. With this, flexibility is guaranteed. When the market share of a certain product influences the determination of the arm's length price, a range for the market share could be considered. Within such a range, a change in the market share is supposed not to influence the price. When an assumption is no longer valid, a review of (a part of) the agreement is, in principle, required.

An overview of possible critical assumptions is set out below. This overview is not exhaustive and serves only as an example, and includes:

- (a) assumptions that show the consequences for the APA of the relevant changes in legislation, published policy or case law;
- (b) assumptions regarding tariffs, duties, import restrictions and government regulations;
- (c) assumptions regarding economic conditions, the market share, market conditions, the end selling price and sales volume;

- (d) a description of the functions provided in the request, taking into account the assets used and the risks assumed by the enterprises that are involved in the transactions; and
- (e) assumptions regarding exchange rates, interest rates, credit ratings and capital structure.

7. Assessment of the request

The facts as presented in the request will, in principle and where possible, be reviewed by the tax administration. The extent of this review will depend on the specific facts and circumstances of each case. Where necessary, further explanations and information will be requested from a taxpayer.

8. Exchange of information

As part of the determination agreement, the applicant is required to declare that the information as included in the APA is not subject to one of the exemption clauses set out in Article 13, Paragraph 3, of the International Assistance with Levying Taxes Act (*Wet op de internationale bijstandsverlening bij de heffing van belastingen*, WIB) regarding commercial, industrial or professional secrets. In this way possible conflicts between the tax administration and the applicant are avoided.

9. Determination agreements

In the case of a bilateral APA, the final consensus between the states involved will be recorded in an agreement between the states. In order to implement this bilateral agreement in the Netherlands, the tax administration will conclude a determination agreement with the same contents with the associated entities involved which are resident in the Netherlands. In the case of a unilateral APA, only the last form of determination agreement is concluded. The tax administration will take into account the framework for determination agreements, as described in the Decree of 1 December 1997 (No. AFZ97/2412).

This decree includes a procedure on recording negative decisions on a request for a determination agreement. In this respect, the following should be noted. The orientational phase should not be regarded as constituting a form of consultation as defined in the above decree.

There will only be a form of consultation for which a written record needs to be drawn up once the request in question is more or less fully consistent with the framework for APAs that is issued under the government's current policy. A decision by the tax inspector in this specific case not to conclude a determination agreement will be communicated to the taxpayer in writing. In this case, a record is drafted as described in the Decree of 1 December 1997 (No. AFZ97/2412).

The determination agreement will at least contain the following elements:

- a. the names and addresses of the enterprises that are covered by the agreement;
- b. the transactions, agreements or arrangements and financial years covered by the agreement;
- c. a description of the agreed methodology and other related matters such as agreed comparable data or a range of expected results;
- d. a definition of relevant terms that form the basis for applying and calculating the methodology, for example, sales, cost of sales, gross profit, etc.;
- e. the critical assumptions upon which the methodology is based;
- f. any agreed procedures to deal with changes in the factual circumstances that could occur during the term of the determination agreement, such that the effects that arise from relatively minor changes of facts and circumstances are set out in the determination agreement (the establishment of this adjusting mechanism prevents every change in facts and circumstances resulting in the termination of the validity of the determination agreement);
- g. if applicable, the agreed tax treatment of related issues;
- h. the terms and conditions that must be fulfilled by a taxpayer in order for the mutual agreement to remain valid, together with the procedures to ensure that the taxpayer fulfils these terms and conditions;

- i. the provision that the determination agreement will be rendered invalid immediately upon a change in the relevant legislation (should a transitional arrangement have been made under which the determination agreement may remain in force for either the whole or part of its remaining period, the determination agreement will cease to be valid either at the end of the period specified in the transitional arrangement or, as the case may be, at the end of the remaining period of the determination agreement);
- j. the declaration by the taxpayer that the information as included in the determination agreement is not subject to one of the exemption clauses specified in Article 13, Paragraph 3, of the WIB; and
- k. the provision that the determination agreement will cease to be valid if the agreed transfer price or methodology is not actually set out in the contracts between the applicant and the associated enterprise or is not actually paid and/or received, unless otherwise agreed.

10. Tax audits

During periodic audits, which can be initiated by the competent tax inspector in respect of all taxpayers and, therefore, also with taxpayers with whom an APA has been concluded, it will be verified whether or not the transfer prices are set as agreed in the determination agreement. This will include a check on whether or not the critical assumptions in the determination agreement are still satisfied, and if not, whether or not the determination agreement requires adjustment or has ceased to be valid.

11. Exclusions

The Decree of 21 July 1995 (No. AFZ94/4519M), as most recently amended by the Decree of 26 January 1998 (No. AFZ97/4609M) and as further expanded by the Decree of 30 March 2001 (No. BOB2001/698M regarding good faith), sets out a general framework within which the tax administration is entitled to refuse to give advance certainty. In addition, the Decree on entities providing intra-group financial services without a real economic presence in the Netherlands; no advance certainty, exchange of information and limited opportunities for crediting withholding tax of 30 March 2001 (No. IFZ2001/294M) describes a number of specific situations in which no advance certainty is given. The Decrees in question apply equally to the conclusion of APAs.

12. Publication of APAs

With regard to the Decree of 21 July 1995 (No. AFZ94/4519M), as most recently amended by the Decree of 26 January 1998 (No. AFZ97/4609M), the policy underlying the decision to issue or, depending on the circumstances, to refrain from issuing, APAs will be published unless the relevant policy has been published before. The relevant APAs will be published either on an anonymous basis or -- if it is not possible to conceal the applicant's identity even if the name is not revealed and where the revelation of the applicant's identity may constitute a breach of the duty of confidentiality laid down in Article 67 of the General Tax Act -- in the form of a summary. In the latter case, the summary should contain all of the elements that have determined the policy pursued.

13. Entry into force

This Decree enters into force on 1 April 2001.

14. Cancellation of previous decrees

This Decree replaces the Decree of 19 October 1994 (No. IFZ94/855).

Procedure for dealing with requests for advance certainty in the form of an advance tax ruling (ATR)¹

International Tax Policy and Legislation Directorate, Multilateral Affairs Division

Decree of 30 March 2001, No. IFZ2001/293M

The State Secretary for Finance has decreed as follows.

1. Introduction

This decree describes the procedures that have to be followed when issuing an advance tax ruling (ATR). An ATR provides advance certainty in respect of the tax consequences of a contemplated transaction or combination of related transactions. The term "ATR" is reserved exclusively for the provision of advance certainty in respect of the situations described in paragraph 3 of this decree.

2. Organisation

The request for the issue of an ATR should be addressed to the competent tax inspector. To ensure the co-ordination of the practice, the tax inspector will always submit the request to the APA/ATR team of the Tax Office (Large Enterprises) in Rotterdam for binding advice. The APA/ATR team of the Tax Office (Large Enterprises) in Rotterdam will, if necessary, consult with the relevant knowledge groups to secure a uniform policy both in principle and in practice.

Because the APA/ATR team of the Tax Office (Large Enterprises) in Rotterdam is represented in all of the relevant knowledge groups, this form of consultation can take place during the assessment process, thereby helping to ensure that the request is dealt with both swiftly and efficiently.

1. This document contains an unofficial English translation by the Netherlands' Ministry of Finance of Decree No. IFZ 2001/293M, officially published in Dutch on 30 March 2001. Rights can only be derived from the original Dutch text of the decree.

3. Binding advice

The local tax administration should submit the following requests for advance certainty for binding advice:

- i.* requests for advance certainty on the application of the participation exemption to conduit companies in international structures and to top holding companies where none of the subsidiaries of the top holding company conducts any business activities in the Netherlands;
- ii.* requests for advance certainty in respect of international structures involving forms of hybrid finance and/or hybrid legal entities. The Decree of 30 March 2001 (No. RTB2001/1379M²) should be taken into consideration in assessing these requests; and
- iii.* requests for advance certainty on whether or not an entity that is registered abroad may be regarded as having a permanent establishment in the Netherlands.

4. Requests

Depending on the facts and circumstances of the specific case, a (potential) taxpayer will need to provide the tax authorities with at least the following information:

- a. a detailed description of the facts and the contemplated legal acts covered by the request;
- b. the names of the companies and permanent establishments involved;
- c. the other state or states to which the request relates;
- d. information on the group's worldwide legal structure and history (including full information on the beneficial owners of the applicant's capital); and
- e. the financial years to which the request will apply.

2. This decree describes the situations in which advance assurance may or may not be given on the tax consequences of the use of hybrid forms of finance and hybrid legal entities (Revision of the Decree of 26 April 2000 (No. DB99/3582M)).

5. Duration

The applicant is initially required to specify the period for which it is reasonable to grant advance certainty. In principle, a period of four years is regarded as reasonable.

On the expiry of the agreed period, at the request of the taxpayer, the tax authorities will assess whether or not a new ATR can be issued under the same conditions.

6. Appraisal of the request

In appraising the request, the tax administration will take account of all of the relevant facts and circumstances relating to the transaction(s) for which advance certainty is requested.

7. Exchange of information

As part of the determination agreement, the applicant is required to declare that the information included in the ATR is not subject to one of the exemption clauses set out in Article 13, Paragraph 3, of the International Assistance with Levying Taxes Act (*Wet op de internationale bijstandsverlening bij de heffing van belastingen*, WIB) regarding commercial, industrial or professional secrets. In this way, possible conflicts between the tax administration and the applicant are avoided.

8. Determination agreements

In order to establish the consequences of an ATR, the tax administration will enter into a determination agreement with the entity requesting the ATR to make a formal written record of the ATR. The tax administration will take into account the framework for determination agreements, as described in the Decree of 1 December 1997 (No. AFZ97/2412). This decree includes a procedure for recording negative decisions on a request for a determination agreement. In respect of this, the following should be noted. The orientational phase should not be regarded as constituting a form of consultation, as defined in the above decree. There will only be a form of consultation for which a written record is required to be drawn up once the request in question is more or less fully consistent with the framework for ATRs, as issued under the government's current policy. The decision by the tax inspector in this specific case not to conclude a determination agreement will be communicated to the taxpayer in writing. In these cases, a record is drafted as described in the Decree of 1 December 1997 (No. AFZ97/2412).

The determination agreement will at least include the following elements:

1. the names and addresses of the entities that are to be covered by the agreement;
2. the facts, legal acts and financial years to which the agreement applies;
3. a description of the tax consequences;
4. a record of the relevant conditions that constitute the basis for the application of the relevant tax consequences;
5. the agreed procedures to respond to possible changes in the prevailing circumstances;
6. where relevant, a description of the arrangements that have been made for dealing with related tax issues;
7. a description of the conditions that the entity must meet in order for the agreement to remain valid, together with a description of the procedures that the entity must follow in order to comply with these conditions;

8. a provision to the effect that the determination agreement will be rendered invalid immediately by a change in the relevant legislation (where a transitional arrangement has been made under which the determination agreement can remain valid for either the whole or part of its remaining term, the determination agreement will lose its validity either at the end of the period specified in the transitional arrangement or, as the case may be, at the end of the remaining term of the determination agreement);
9. a declaration by the taxpayer that the information, as included in the determination agreement, is not subject to one of the exemption clauses specified in Article 13, Paragraph 3, of the WIB;
and
10. where the request relates to the application of the participation exemption, a provision to the effect that the applicant will finance the cost price of the participations for which the ATR is being requested with at least 15 per cent equity capital.

9. Exclusions

The Decree of 21 July 1995 (No. AFZ94/4519M), as most recently amended by the Decree of 26 January 1998 (No. AFZ97/4609M) and as further expanded by the Decree of 30 March 2001 (No. BOB2001/698M regarding good faith), sets out a general framework within which the tax administration is entitled to refuse to give advance certainty. In addition, the Decree regarding entities providing intra-group financial services without a real economic presence in the Netherlands; no advance certainty, the exchange of information and limited opportunities for crediting withholding tax of 30 March 2001 (No. IFZ2001/294M) describes a number of specific situations in which no advance certainty can be given. These decrees apply equally to the conclusions of ATRs.

10. Publication of ATRs

With regard to the Decree of 21 July 1995 (No. AFZ94/4519M), as most recently amended by the Decree of 26 January 1998 (No. AFZ97/4609M), the policy underlying the decision to issue or, depending on the circumstances, to refrain from issuing ATRs, will be published unless the relevant policy has previously been published. The relevant ATRs will be published either on an anonymous basis or - if it is not possible to conceal the applicant's identity even if his name is not revealed and where the revelation of the applicant's identity may constitute a breach of the duty of confidentiality laid down in Article 67 of the General Taxes Act - in the form of a summary. In the latter case, the summary should contain all of the elements that have determined the policy adopted.

11. Competency

For information on the competency with regard to taxpayers applying for an ATR, reference should be made to the Decree of 30 March 2001 (No. RTB2001/1195M) on Advance Pricing Agreements (APAs), Advance Tax Rulings (ATRs), financial services, conduit companies, the International Investors Desk and Rulings, and Organisation and Jurisdiction Rules (no English translation available).

12. Entry into force

This decree enters into force on 1 April 2001.

Entities providing intra-group financial services without a real economic presence in the Netherlands; no advance certainty, exchange of information and limited opportunities for crediting withholdingtax¹

International Tax Policy and Legislation Directorate, Multilateral Affairs Division

Decree of 30 March 2001, No. IFZ2001/294M

The State Secretary for Finance has decreed as follows.

1. Entities providing intra-group financial services

For the purpose of this decree, the term "entities providing intra-group financial services" (hereinafter referred to as service entities) is used to refer to entities the activities of which consist primarily of, either in law or in fact, directly or indirectly, and based on related transactions amongst entities that form part of the same group, the receipt and the (on)payment of interest and/or royalties under whatever name and of whatever nature. Activities related to the ownership of participations are not taken into account in assessing whether or not an entity's activities consist primarily of the activities described in the preceding sentence.

The term "group" is used with respect to the taxpayer together with related entities, as defined in Article 10a, Paragraph 4, of the Corporation Tax Act 1969, and related natural persons, as defined in Article 10a, Paragraph 5, of the Corporation Tax Act 1969.

Transactions are regarded as related if they are arranged as a complex transaction, the results are mutually dependent or if in any other way a connection exists between the transactions.

2. No advance certainty

No advance certainty will be granted to a service entity on the tax consequences of all of the contemplated related transactions as defined in paragraph 1 above, if:

1. This document contains an unofficial English translation by the Netherlands' Ministry of Finance of Decree No. IFZ 2001/294M, officially published in Dutch on 30 March 2001. Rights can only be derived from the original Dutch text of the decree.

- a. the service entity does *not* meet one or more of the requirements listed in the Annex in respect of the existence of a real presence (substance) in the Netherlands.

No advance certainty will be granted to a service entity on the tax consequences of related transactions as defined in paragraph 1 above, if:

- b. the functions performed by the service entity in relation to these specific related transactions do not entail on balance any real risk (see paragraph 6 below).

This means that, if a service entity does not meet the requirements referred to in point a. with respect to a real presence in the Netherlands, no advance certainty will be granted for all of the contemplated transactions qualifying under the description in paragraph 1 above, regardless of whether or not the transactions in question entail any real risk as described in point b., and regardless of whether or not the taxpayer gives his consent to the spontaneous exchange of information to the country of source.

When a service entity does meet the requirements referred to in point a. in relation to a real presence in the Netherlands but fails the requirement referred to in point b., the service entity will not be granted advance certainty with regard to the specific related transactions that do not meet the requirement referred to in point b.. Contrary to the provisions of point b., advance certainty may nevertheless be granted in such situations if the taxpayer gives his consent, in a determination agreement with the tax administration, to the spontaneous exchange of information to the country of source.

For the purpose of the application of point b., risks that have been transferred to third parties (i.e. unrelated entities) shall be treated as the risks of the service entity. In general, this will lead to the result that groups that concentrate their treasury activities in one or more departments will be deemed to be running a real risk with regard to all of the financial transactions conducted by these treasury departments, given that one of the these departments' basic tasks is transferring to third parties the net risk run by the group regarding all of the financial transactions for which the department in question is responsible. The responsibility of the centralised treasury department will generally consist of independently managing the risks related to all of the financial transactions conducted by (an independent part of) the group. Where a service entity's responsibility does not extend to independently managing the risks as described above, this is an indication that the entity does not perform an active treasury function. In these situations, further action will be required to determine whether or not real risk is being incurred with respect to the related transactions as defined in paragraph 1.

3. Exchange of information

Point b. of paragraph 2 states that no advance certainty will be given on any related transactions as described there, unless the applicant gives his consent, as part of the determination agreement, to the spontaneous exchange of information to the country of source. This consent also includes a confirmation by the applicant that the information described in the advance pricing agreement or advance tax ruling that will be exchanged is not subject to one of the exemption clauses specified in Article 13, Paragraph 3, of the International Assistance with Levying Taxes Act (*Wet op de internationale bijstandsverlening bij de heffing van belastingen*, WIB). Once an applicant has committed himself to this position in the determination agreement, the grounds for an objection or appeal on the basis of this article, against the notification in which the exchange of information is announced, will cease to exist.

The fact that no advance certainty is granted in the situations described in paragraph 2, points a. or b. does not restrict taxpayers from conducting the financial transactions described under these points without any advance certainty about their tax consequences. Here too, the spontaneous exchange of information will take place to the country or countries in question. In situations where the requirements for a real presence in the Netherlands (see paragraph 2, point a.) are not met, information on a taxpayer's actual circumstances with regard to the requirements set out in the Annex will be disclosed to other countries for which this may be relevant. In situations where structures are implemented as described in paragraph 2, point b., the information that is to be disclosed will relate to transactions performed or to be performed and the character of the entity.

The exchange of information will take place following a request for a certificate of residence or when, during the handling of a taxpayer's tax assessment, the suspicion arises that a country may have an interest in the information, but in any event no later than the date on which the corporation tax assessment is formally assessed. Thereto, the tax inspector will forward the relevant information, with a statement of the name of the country or countries concerned, to the Fiscal Information and Investigation Services (FIOD) in Haarlem. FIOD Haarlem International will determine whether or not the exchange of the information is in accordance with the relevant statutory regulations and treaty provisions, for example, whether or not it would constitute a breach of Article 13, Paragraphs 1 and 2, of the WIB.

4. Credit for foreign withholding tax

For the transactions described in paragraph 2, point b., no credit for foreign withholding tax will be provided, as the financial service entity in fact operates as an intermediary, which means that the received cash flows do not form part of that entity's Dutch tax base.

In the light of improving the international transparency of the treatment of such entities in the Netherlands, the government is considering codification of this matter.

5. Good faith between treaty partners

No advance certainty is given in the cases described in paragraph 2, points a. and b., as the elements referred to in these points form an indication that the provision of advance certainty would constitute a breach of good faith between treaty partners. In addition to the elements described specifically in points a. and b., any requests for advance certainty should be assessed in more general terms by reference to the Decree of 21 July 1995 (No. AFZ94/4519M) on fiscal implementation policy, standpoint provisions and appeals policy (as amended by the Decree of 26 January 1997 (No. AFZ94/4609M) and as further expanded in the Decree of 30 March 2001 (No. BOB2001/698M) on advance certainty and good faith between treaty partners).

6. No real risk exposure

When the functions performed by the service entity that are related to the related transactions described in paragraph 1 do not entail any real risk on balance, advance certainty may be given only if, as part of the determination agreement in which the advance certainty is set out, the taxpayer gives his consent to the spontaneous exchange of information to the treaty partner. It is, therefore, important to determine to what extent the service entity bears a risk in relation to these related transactions.

The risks that can relate to the transactions described in paragraph 1 consist, in particular, of credit risk (debtor and foreign exchange risk), market risk and operational risk. If the only risks born by the service entity are operational risks, this will generally not lead to the presence of real risk as defined in this decree. The extent to which the service entity bears a risk will translate itself primarily into the possibility that the equity held by the service entity to secure its assets could be affected. The decisive factor in assessing whether or not and to what extent a service entity is bearing real risk is therefore the question of whether or not and to what extent the service entity is bearing one or more of the above risks and whether or not the service entity maintains sufficient equity to be able to carry those risks.

A service entity, the activities of which consist of lending money, is regarded as bearing real risk if the amount of the equity that is required for it to be able to carry the risks is at least equal either to 1% of the nominal value of the loan or to an amount of EUR 2 million (NLG 4,407,420). If, therefore, the equity a service entity should maintain to adequately secure the money-lending activity concerned is at least equal either to 1% of the nominal value of the loan or to an amount of EUR 2 million, whichever is lower, the service entity in question is deemed to be bearing a real risk, provided that the applicant is able to show that there is a real possibility of it having to utilise this equity if the risks related to the related transactions materialise in practice.

Example 1

The sole activity of a service entity (SE) consists of the lending of EUR 100 million to X, a related entity. The equity of SE amounts to EUR 1.5 million. In addition, SE borrows, for the purpose of financing the issue of this loan, an amount of EUR 98.5 million from a related entity, Y. SE's parent company (PC) has given Y a guarantee that it will repay the entire loan if SE defaults on its repayment obligations. The first event that occurs if SE's credit risk (i.e. the debtor risk) materialises (i.e. X is unable to meet its repayment obligations) is that SE will be forced to utilise its own equity. The guarantee given by PC will take effect only if SE's equity is not sufficient to cover the repayment obligations. As SE maintains equity against the loan that is higher than 1 per cent of the nominal value of the loan and there is a real possibility that this equity could be affected when the risks born by SE (i.e. the debtor risk in this case) materialise in practice, SE may be regarded as bearing a real risk.

Example 2

The sole activity of a service entity (SE) is lending EUR 400 million to X, a related entity. The equity of SE amounts to EUR 3 million. In addition, SE borrows an amount of EUR 397 million from Y, another related entity, for the purposes of financing the issue of the loan. SE's parent company (PC) has given a guarantee that it will repay to SE the entire outstanding loan to X if X defaults on its repayment obligations. If SE's credit risk (i.e. the debtor risk) materialises (i.e. X is unable to meet its repayment obligations), SE will be able to invoke PC's guarantee and obtain repayment of the loan. Although SE has equity in excess of EUR 2 million, there is no realistic possibility that this equity will be affected if X defaults on its repayment obligations. For this reason, SE may not be regarded as running a real risk.

For the determination of an arm's length remuneration for entities providing intra-group financial services, see the Transfer Pricing Decree of 30 March 2001 (No. IFZ2001/295M).

7. Competence

For information on the competence with respect to service entities as referred to in this Decree, see the Decree of 30 March 2001 (No. RTB2001/1195M) on Advance Pricing Agreements (APAs), Advance Tax Rulings (ATRs), financial services, conduit companies, the International Investors Desk and Rulings. Organisation and Jurisdiction Rules (no English translation available).

8. Entry into force

This decree enters into force on 1 April 2001.

ANNEXE

List of minimum requirements

- At least half of the total number of the statutory directors and the directors competent to make decisions reside in the Netherlands (individuals) or have the place of effective management situated in the Netherlands (non-individuals).
- The directors resident in the Netherlands (individuals) or with the place of effective management situated in the Netherlands (non-individuals), have the professional knowledge required to properly perform their duties. The tasks of the (joint) directors include, at the very least, the decision making -- based on the legal entity's own responsibility and within the framework of normal intra-group involvement -- on transactions to be concluded by the legal entity as well as ensuring a proper execution of all of the concluded transactions. The legal entity has qualified staff at its disposal (either its own staff or obtained from third parties) who can adequately perform and record the transactions to be conducted by the legal entity.
- (Key) managerial decisions should be taken in the Netherlands.
- The legal entity's (main) bank accounts should be maintained in the Netherlands.
- The legal entity's accounts should be kept in the Netherlands.
- The legal entity should have complied with all of the relevant requirements relating to the submission of tax returns, at least until the date on which its application is assessed. This applies equally to all forms of tax, including corporation tax, wage withholding tax, VAT, etc.
- The legal entity's registered office must be located in the Netherlands. The legal entity is, to the best knowledge of the entity, not (also) regarded as tax resident in another country.

- The legal entity's equity should be adequate in relation to the functions performed (taking into account the assets used and the risks assumed).

Table of contents

Transfer prices, the application of the arm's length principle and the OECD Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations (OECD Guidelines)¹

1. The arm's length principle (*Chapter I*) 76

- 1.1. Aggregation of transactions (*Paragraphs 1.42-1.44*)
- 1.2. The use of a range (*Paragraphs 1.45-1.48*)
- 1.3. The use of multiple year data (*Paragraphs 1.49-1.51*)
- 1.4. The effect of government policies (*Paragraphs 1.55-1.59*)
- 1.5. Requests to lower transfer pricing adjustments (*Paragraphs 1.60-1.64*)

2. Transfer pricing methods (*Chapters II and III*)

- 2.1. Comparable uncontrolled price method (*Paragraphs 2.6-2.13*) 79
- 2.2. Resale price method (*Paragraphs 2.14-2.31*)
- 2.3. Cost-plus method (*Paragraphs 2.32-2.48*)
- 2.4. Profit-split method (*Paragraphs 3.5-3.25*)
- 2.5. Transactional net margin method (TNMM) (*Paragraphs 3.26-3.48*)
 - 2.5.1. TNMM versus resale price method
 - 2.5.2. TNMM versus cost-plus method

3. Administrative approach for avoiding and resolving disputes regarding transfer pricing (*Chapter IV*)

- 3.1. Mutual agreement and arbitration procedures (*Paragraph 4.61*)
 - 3.1.1. General
 - 3.1.2. Address for submitting the request
 - 3.1.3. Deadline for submitting the request
 - 3.1.4. Concurrence of the objection and appeal procedure and the mutual agreement procedure
 - 3.1.5. Start of the two-year period referred to in Article 7 of the EU Arbitration Convention
 - 3.1.6. Oral explanation by the taxpayer
 - 3.1.7. Deadline for making a corresponding adjustment by means of an official reduction of the tax assessment
 - 3.1.8. Transfer pricing adjustments and interest charges (*Paragraphs 4.64-4.66*)

1. This document contains an unofficial English translation by the Netherlands' Ministry of Finance of Decree No. IFZ 2001/295M, officially published in Dutch on 30 March 2001. Rights can only be derived from the original Dutch text of the decree.

4. Secondary adjustments (*Paragraphs 4.67-4.77*)
5. Arm's length price when valuation at the time of the transaction is highly uncertain (*Paragraphs 6.28-6.35*)
6. Intra-group services (*Chapter VII*)
7. Contributions to a Cost Contribution Arrangement (CCA) with profit mark-up (*Chapter VIII*)
8. Arm's length fee for financial services
9. Subsidies, tax incentives and costs subject to deduction restrictions
10. Allocation of the profit to headquarters and permanent establishments
11. Entry into force
12. Application to current policy

Transfer prices, the application of the arm's length principle and the OECD Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations (OECD Guidelines)

International Tax Policy and Legislation Directorate, Multilateral Affairs Division

Decree of 30 March 2001, No. IFZ2001/295M

The State Secretary for Finance has decreed as follows.

With regard to cross-border transactions, there is agreement amongst the OECD member countries regarding the "arm's length principle", as is included in Article 9 of the OECD Model Tax Convention. The OECD's commentary on Article 9 of the OECD Model Tax Convention and the Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations (henceforth the OECD Guidelines)² provide further guidance on the arm's length principle. The policy of the Netherlands on the arm's length principle in the field of international tax law is that this principle forms an integral part of the Netherlands' system of tax law as a result of its incorporation in the broad definition of income recorded in Section 3.8 of the Income Tax Act 2001. In principle, this means that the OECD Guidelines apply directly to the Netherlands under Section 3.8 of the Income Tax Act 2001. There are a number of areas in which the OECD Guidelines provide scope for individual interpretation by the member countries. In a number of other areas, practical experience has shown that the OECD Guidelines are in need of clarification. This decree explains the Netherlands' position in relation to these particular points and seeks, where possible, to remove any confusion. The OECD Guidelines have not yet fully crystallised and are regularly expanded and adjusted. If necessary, this decree will also be adjusted to take account of new developments.

For the sake of clarity, the paragraphs in the OECD Guidelines corresponding to the text of the decree are referred to in brackets.

2. The Dutch translation of the OECD Guidelines is included in the binder *Internationale Fiscale Zaken* (binder A), number 750.00.00.

It is important to remember when assessing transfer prices that -- as the OECD Guidelines also stress -- transfer pricing is not an exact science. Accordingly, the OECD urges tax administrations to adopt a flexible approach and not to expect taxpayers to set transfer prices with a degree of accuracy that is unrealistic in the light of all of the various facts and circumstances. The Netherlands' tax administration will also bear this point in mind when assessing transfer prices.

For the sake of clarity, I have decided to integrate the text of a number of existing decrees into the text of the present decree. This means that the decrees referred to in section 12 are hereby revoked.

1. The arm's length principle (*Chapter I*)

Generally speaking, the arm's length principle is applied by comparing the conditions of a transaction conducted between associated enterprises with the conditions of a transaction conducted by independent or unrelated enterprises. Taxpayers are expected to be able to demonstrate that their transfer prices are consistent with the arm's length principle. The basic principle is that each of the enterprises involved should receive a remuneration that is a reflection of the functions performed, taking into account the assets used and the risks assumed (Paragraph 1.20).

Where the term "function(s)" appears elsewhere in this decree, it is intended to have the meaning of "function(s), taking into account the assets used and the risks assumed".

1.1. Aggregation of transactions (*Paragraphs 1.42-1.44*)

In principle, the OECD Guidelines require arm's length prices to be based on individual transactions. This requirement can, however, create a number of practical problems. When it is either very difficult or impossible to assess each individual transaction, for example, in case of a large number of similar transactions, the transactions may be aggregated for the purpose of deciding whether or not they were conducted at arm's length. In such a situation, taxpayers are expected to be able to demonstrate that the transfer price applying to the aggregated transactions is in accordance with the arm's length principle.

1.2. The use of a range (*Paragraphs 1.45-1.48*)

In some cases it will be possible to apply the arm's length principle and arrive at one single figure that is the most reliable to determine the arm's length character of the transfer prices. Because, however, transfer pricing is not an exact science, a particular transfer pricing method will often generate a range of figures all of which are equally reliable. The range is determined by the largest and the smallest value found. Where an arm's length range is used, after determining such range, the question arises as to which figure within the range a comparison can be made and to what point within the range an adjustment can be made. The OECD Guidelines leave this open.

It is important to make a distinction, when determining a range, between situations in which the comparables consist of readily comparable values and a situation in which use is made of less accurate comparative material. If the comparables consist of readily comparable values, these are all part of the range. If, however, use is made of less accurate comparative material, it may be necessary to use statistical methods to enhance the reliability of the material. One example would be the use of an interquartile range. The effect of this type of statistical method is to reduce the extent of the range, leaving a relevant range consisting of more reliable reference material.

Once the range is defined, the next step is to decide whether or not the remuneration for the transaction in question falls within the range. If it does fall within the range, no adjustment is made. An adjustment is made only if the remuneration does not fall within the range and the taxpayer cannot provide a substantiated explanation for the deviation. According to the OECD Guidelines, an adjustment should be made in such an event to the point within the range that best reflects the facts and circumstances of the relevant intra-group transaction. If there are grounds for assuming that one specific point within the range comes closest to replicating the conditions under which the intra-group transaction took place, this point should be taken as the basis for the adjustment. If it is not possible to identify one specific point, the Netherlands' position is that the median (i.e. the middle point of the range) should be taken as the basis for adjustment. As the OECD has yet to formulate a clear policy on this point, it may occur that the state in which the associated enterprise is located does not permit the transfer prices to be adjusted to the median. In such situations, the competent authority in the Netherlands, acting on the taxpayer's request, will consult the other state with a view to reaching agreement on a point within the range that is acceptable to both states.

In some cases, the transfer price originally adopted is adjusted either upwards or downwards by the taxpayer, leading to a shift within the range. In such situations, the taxpayer has to be able to substantiate the change in conditions in such a way as to justify the adjustment of the transfer price. If the taxpayer is unable to demonstrate that conditions have indeed changed in such a way as to justify an adjustment in the transfer price, it will generally be assumed that the reasons for adjusting the transfer price are predominantly tax driven. In such situations, the tax administration will not accept the change in the transfer price. An additional condition for accepting this type of shift within the range is that the modified price must be stipulated in the contracts concluded by the parties to the transaction and should actually be charged.

1.3. The use of multiple year data (*Paragraphs 1.49-1.51*)

It may be useful to evaluate data relating to a number of years when assessing a transaction. Making use of data covering a succession of years is one way of preventing adjustments from being made in a particular year, even though the average remuneration received by the taxpayer concerned over a number of years is in fact consistent with the arm's length principle. At the same time, the use of multiple year data may result in certain situations in the past being assessed with the benefit of hindsight. The OECD Guidelines stipulate that tax administrations cannot use hindsight. This means that, when multiple year data are used, the only figures that can be used are those relating to the year in question and previous years. One of the results of this is the system of moving averages. This leads to the following method:

- The first step is to assess whether or not the remuneration for the transaction in question falls within the arm's length range that has been created for the year in question. No adjustment is made if the remuneration falls within the range;
- If the remuneration does not fall within the range, it is then compared with the (moving) averages for a number of years. The length of the period on which this comparison is based depends partly on the length of the product's life cycle. If the average remuneration for the transaction in question falls within the multiple year range, no adjustment is made; and
- If the remuneration does not fall within the arm's length range for the year and not within the multiple year arm's length range, an adjustment is made in accordance with the procedure set out in section 1.2.

1.4. The effect of government policies (Paragraphs 1.55-1.59)

Certain government interventions may be regarded as being market conditions in the country in question and should for this reason be reflected in the transfer price.

Paragraph 1.59 of the OECD Guidelines describes two possible approaches to a situation in which a country, for example, either prevents or blocks a particular payment. Under Netherlands' tax law, the remuneration relating to a particular performance must be reflected in the result. It can, however, be in accordance with sound business practice to depreciate (partly) the value of accounts receivable relating to the particular performance. The costs associated with the transaction can be taken into account. Obviously, an assessment must be made when the account receivable arises as to whether or not the conditions of the transaction justify the conclusion that the transaction should materially be regarded as a contribution of equity rather than remuneration for an activity performed (Supreme Court, 27 January 1988, BNB1988/217). In addition, it goes without saying that the taxpayer is under an obligation to substantiate the reduction in value of the account receivable.

1.5. Request to lower transfer pricing adjustments (Paragraphs 1.60-1.64)

When the tax administration audits a taxpayer's books, the taxpayer is entitled to apply for a reduction in the proposed adjustment of a transfer price if the taxpayer is of the opinion that the adjustment proposed by the tax administration does not take sufficient account of compensating transactions. Under the OECD Guidelines, tax administrations have discretionary powers either to grant or deny such requests. The distinction made in the OECD Guidelines between a situation in which a taxpayer demonstrates the presence of an intentional set-off at the time when a tax return is filed and a situation in which an intentional set-off is stated by the taxpayer (and the acceptability is demonstrated) at the point when the tax administration recommends certain adjustments on the basis of a tax audit, is not relevant to the Netherlands' situation. In both cases, the taxpayer retains his statutory right to lodge an objection or appeal.

2. Transfer pricing methods (*Chapters II and III*)

Chapter II of the OECD Guidelines discusses the three traditional transaction methods introduced in Paragraphs 1.68 to 1.70 (i.e. the comparable uncontrolled price method, the resale price method and the cost-plus method), whilst Chapter III examines the methods known as the transactional profit methods (i.e. the profit-split method and the transactional net margin method or TNMM).

Depending on the circumstances, a choice of one of these five accepted methods has to be made. The methods can supplement each other. The OECD Guidelines are based on a certain hierarchy of the methods where a preference exists for the traditional transaction methods. On the one hand, transactional profit methods are considered more or less as methods of last resort. On the other hand, the OECD Guidelines state that the tax authorities need to start a transfer pricing audit from the perspective of the method chosen by the taxpayer (see Paragraph 4.9 of the OECD Guidelines).

In accordance with Paragraph 4.9 of the OECD Guidelines, whenever the Netherlands' tax administration undertakes a transfer pricing audit, it should start from the perspective of the method adopted by the taxpayer at the time of the transaction. This complies with Paragraph 1.68 of the OECD Guidelines. The implication is that taxpayers are in principle free to choose a transfer pricing method, provided that the method adopted leads to an arm's length outcome for the transaction in question. In certain situations, however, some methods will generate better results than others. Although taxpayers may be expected to base their choice of a transfer pricing method on the reliability of the method for the particular situation, taxpayers are definitely not expected to weigh up the advantages and disadvantages of all of the various methods and then explain why the method that was ultimately adopted generates the best results in the prevailing conditions (i.e. the best method rule). Certain situations are also suited for a combination of methods. At the same time, taxpayers are not obliged to use more than one method. The only obligation resting on the taxpayer is to explain why the decision was taken to adopt the particular method that was adopted.

A number of examples of the various transfer pricing methods are given in the following paragraphs to illustrate how they work. It is explicitly not the object to discuss all issues that may arise in practical situations in relation to each method.

2.1. Comparable uncontrolled price method (*Paragraphs 2.6-2.13*)

With this method, the price calculated for goods that are transferred and services that are performed in a transaction with an associated party is compared with the price that is calculated for similar goods that are transferred and services that are performed in a free market transaction under comparable circumstances. If a comparable price is available, the comparable uncontrolled price method (commonly known as the CUP method) will, in general, be the most direct and the most reliable method in determining the transfer price, so that this method is to be preferred over other methods. A point to note is, however, that the reliability of the CUP method depends on the degree of accuracy with which adjustments can be made for purposes of comparison.

Example

A producer in country X sells wine to an associated Dutch wholesaler. The same producer in country X sells the same wine to an independent Dutch wholesaler for EUR 5 per bottle. In the agreement with the independent wholesaler, the external transportation costs are for the account of the producer. Under the arrangement made with the associated wholesaler, the external transportation charges of EUR 1.50 per bottle are not borne by the producer, but by the wholesaler. The other circumstances are the same for the associated wholesaler and the independent wholesaler. The wine is sold at EUR 12.50 per bottle.

Based on the difference in contractual terms, an adjustment needs to be made to the third party price in accordance with Paragraphs 2.8 and 2.9 of the OECD Guidelines. The CUP method can be used as follows to calculate the comparable third party price (i.e. the CUP).

Purchase price paid by independent wholesaler	5.00
Adjustment to account for difference in external transportation expenses between associated wholesaler and independent wholesaler	1.50
CUP for associated wholesaler	3.50

2.2. Resale price method (*Paragraphs 2.14-2.31*)

The second traditional transaction method is the resale price method. This method has as its starting point the market price that is agreed to with respect to the sale of a product to third parties. This product has been purchased from an associated enterprise. In order to calculate the arm's length remuneration for the functions performed by the associated enterprise that sells the product to the third party, the product's market price is reduced by a gross profit margin. The gross profit margin consists of the selling expenses and other costs arising from the functions performed by the seller and an appropriate profit margin. What is left after the adjustment for other costs associated with the sale of the product, such as customs duties, is an arm's length price.

Example

This example is based on the same situation used in the example illustrating the CUP method. The resale price method is based on the gross profit margin earned by the independent wholesaler, which may be calculated as follows:

Retail price	12.50	100%
Purchase price paid by independent wholesaler	5.00	40%
Gross profit margin of the independent wholesaler	7.50	60%

The functions performed by the independent wholesaler are the same as those performed by the associated wholesaler. The only difference is that the associated wholesaler is responsible for the external transportation charges whereas the independent wholesaler is not. The associated wholesaler will have to receive as remuneration for the functions performed an amount equal to the remuneration received by the independent wholesaler, plus a mark-up to cover the external transportation charges. The external transportation charges are 12 per cent of the retail price (i.e. EUR 1.50 per bottle selling at EUR 12.50). This means that a commercial gross profit margin for the associated wholesaler can be set at 72 per cent (i.e. 60 per cent plus 12 per cent). Using this figure as a basis, the resale price method can be used to calculate the following transfer price for the associated wholesaler:

Retail price	12.50	100%
Required gross profit margin	9.00	72%
Arm's length transfer price	3.50	28%

The example shows that the associated wholesaler and the independent wholesaler pay the same purchase price, including external transportation charges (i.e. EUR 3.50 plus EUR 1.50 equals EUR 5).

2.3. Cost-plus method (*Paragraphs 2.32-2.48*)

The cost-plus method is the third traditional transaction method. In applying this method, the costs incurred by the enterprise are divided into the direct and indirect costs that can be allocated to individual transactions with (associated) enterprises (hereinafter: the direct and indirect costs) and the enterprise's other costs which cannot be allocated to individual transactions in such way (hereinafter: overhead costs). An appropriate mark-up that is required to realise profit in accordance with the functions performed is applied to the direct and indirect costs (the cost base) that can be allocated to an individual transaction with an associated enterprise. The mark-up also has to cover the overhead costs. The method is, therefore, based on a gross profit margin. This is the difference between the cost-plus method and the transactional net margin method, in which the operating profit is calculated either as a percentage of total cost, i.e. including overhead costs, or as a percentage of turnover.

Budgeting versus actual cost

In general, prices will be determined in advance based on budgeted cost. If the actual costs that are related to the transaction are higher than the budgeted costs, it depends on the nature of the difference whether or not this will lead to an adjustment of the price. In general, one can assume that the higher costs that are the result of inefficiency will be for the account of the party which performs the functions and services. This is after all the party that can influence the costs. In such a situation, an independent customer would not accept a price adjustment.

A requirement for a correct determination of the transfer prices based on budgeting is that these budgets are determined in an economically correct manner.

Overcapacity losses

A special situation presents itself with a "contract manufacturer". The characteristic of a contract manufacturer is that it performs certain production activities regarding the products of the principal in return for a previously agreed to fee. Because the goods in question remain the principal's property, the contract manufacturer assumes only a limited degree of risk with regard to the goods. Associated enterprises often subcontract production activities to a contract manufacturer working exclusively for the enterprise in question. The transfer prices are then often calculated on the basis of either the cost-plus method or the TNMM. Here too, the calculated mark-up should reflect the functions performed. An important factor for the calculation of the mark-up for the contract manufacturer is the question of who is responsible for any overcapacity losses. If these are the responsibility of the principal, a low(er) mark-up may be sufficient.

Disbursements

Costs that have the character of disbursements may be excluded from the cost base. These includes costs that are initially paid by the performing party but which are generally passed on separately to the client, for example, legal dues, court registry charges and costs charged for third party services. Although these external charges are related to the functions performed by the performing party, they do not warrant any additional remuneration, as there is no question of any added value generated by the performing party.

Financing costs

As is indicated earlier, overhead costs are excluded from the cost base, but should be covered by the mark-up. Generally, the costs of the capital, both the equity and the loan capital that is used for financing the enterprise's activities are regarded as forming part of the overhead costs. If, however, the financing costs are included in the direct costs in comparable situations, they should be included in the cost base.

Situations in which the cost-plus method can be used

The OECD Guidelines give examples of situations where the cost-plus method can be applied. This method is probably very useful where semi-finished goods are sold between related parties, where related parties have concluded joint facility agreements or long-term buy-and-supply arrangements, or where the controlled transaction is the provision of services (see Paragraph 2.32). Paragraphs 2.46 to 2.48 of the OECD Guidelines provide examples of possible applications of the cost-plus method. From these examples it appears that the cost-plus method gives the most reliable outcomes in situations where the functions performed are relatively straightforward and the contribution made by the associated party concerned is also of little added value or relatively straightforward.

Start-up period

Given that the cost-plus method will generally be used in relatively risk-free and straightforward settings, a party acting on an arm's length basis will not accept that during the start-up period no mark-up is charged. At the same time, the taxpayer may incur a loss because he is less efficient and, therefore, incurs relatively more expenses than the unrelated third party that has been used as a benchmark for the purpose of calculating the mark-up (see the section above on budgeting).

Example

A Dutch company (A) assembles computers for the European market on behalf of an independent computer manufacturer in country X. The assembly work is based on standard instructions compiled by the computer manufacturer in country X. Both the components and the finished products are and remain the property of the computer manufacturer in country X. The remuneration that A agrees with the computer manufacturer is fixed as follows:

Budgeted attributable costs (i.e. direct and indirect assembly costs)	100
Budgeted mark-up to cover overhead costs, plus profit mark-up (60%)	60
Price set	160

A computer manufacturer from country Y decides to set up a subsidiary in the Netherlands (B) to assemble computers for the European market. Whilst the computers assembled by A and B are not entirely identical, the assembly work performed by the two enterprises is comparable. In addition, the two companies assume similar risks (i.e. the computer manufacturer from country Y also holds and retains the title to both the components and the finished products). This means that A and B perform comparable functions. The direct and indirect costs resulting from B's assembly activities are EUR 110.

The cost-plus method can be used as follows to determine the arm's length price.

Budgeted attributable costs (i.e. direct and indirect assembly costs)	110
Budgeted mark-up to cover overhead costs, plus profit mark-up (60%)	66
Arm's length transfer price set	176

2.4. Profit-split method (*Paragraphs 3.5-3.25*)

The profit-split method is a transactional profit method. If transactions are strongly interconnected, they can often not be evaluated separately. With the profit-split method, first the combined profit accruing to the associated enterprises from a controlled transaction is identified. Subsequently, this profit is split between the associated enterprises in a manner that approximates to the division of profits that would have occurred in an agreement made at arm's length.

2.5. Transactional net margin method (TNMM) (*Paragraphs 3.26-3.48*)

The TNMM is also a transactional profit method. The net operating profit (i.e. earnings before tax, interest and extraordinary income and expenditure) relating to an appropriate base (such as costs, turnover or assets) that the taxpayer realises from a controlled transaction is compared with the net profit that a third party operating in comparable circumstances and performing comparable functions realises from comparable transactions. Further details on this method are given in Paragraphs 3.26 to 3.48 of the OECD Guidelines.

In the following paragraphs, the difference between the TNMM and the resale price method on the one hand and the TNMM and the cost-plus method on the other is illustrated by two examples.

2.5.1. TNMM versus the resale price method

The details of this example are the same as those in the example used to illustrate the resale price method, with the exception of the additional information given below on the composition of the aggregated costs.

A producer in country X sells wine to an associated Dutch wholesaler. The same producer in country X sells the same wine to an independent Dutch wholesaler for EUR 5 per bottle. Under the contract agreed with the independent wholesaler, the external transportation costs are for the account of the producer. Under the arrangement made with the associated wholesaler, the external transportation charges of EUR 1.50 per bottle are not borne by the producer but by the wholesaler. The other circumstances are the same for the associated wholesaler and the independent wholesaler. The wine sells at EUR 12.50 per bottle.

Additional information: the other costs incurred by the independent wholesaler in addition to the purchase price of the wine are estimated at EUR 6.25 per bottle.

The net profit margin earned by the independent wholesaler may be calculated as follows:

Retail price	12.50	100%
Purchase price paid by independent wholesaler	5.00	40%
Gross profit margin earned by independent wholesaler	7.50	60%
Other costs	6.25	50%
Net profit margin earned by independent wholesaler	1.25	10%

The associated wholesaler performs the same functions as the independent wholesaler. There are certain costs, however (i.e. the external transportation charges of EUR 1.50 per bottle), that the associated wholesaler bears that are not borne by the independent wholesaler. Provided that there is no difference in the type of functions performed, this type of difference in the division of costs between the producer and the wholesaler will not result in any difference in the net profit margin agreed between the two parties. In other words, the associated wholesaler will need to earn the same net profit margin as the independent wholesaler. The purchase price paid by the associated wholesaler may be calculated as follows:

	Independent wholesaler	Associated wholesaler
.....		
Retail price	12.50	12.50
Purchase price	5.00	?
External transportation charges	0.00	1.50
Other costs	6.25	6.25
Profit	1.25	1.25

The profit margin earned by the associated wholesaler must be the same as that earned by an independent third party. This means that the purchase price has to be set at EUR 3.50.

The retail price charged by the associated wholesaler may be broken down as follows:

Purchase price paid by associated wholesaler	3.50	28%
Other costs	7.75	62%
Net profit margin earned by associated wholesaler	1.25	10%
Retail price	12.50	100%

2.5.2. TNMM versus the cost-plus method

The details of this example are the same as those in the example used to illustrate the cost-plus method, with the exception of the additional information given below on the composition of the aggregated costs.

A Dutch company (A) assembles computers for the European market on behalf of an independent computer manufacturer in country X. The assembly work is based on standard instructions compiled by the computer manufacturer in country X. Both the components and the finished products are and remain the property of the computer manufacturer in country X.

Additional information: the remuneration that A agrees with the computer manufacturer is fixed as follows:

Indirect and direct assembly costs + overhead costs	145	(100%)
Net profit mark-up	15	(10.3%)
Price set	160	(110.3%)

A computer manufacturer from country Y decides to set up a subsidiary in the Netherlands (B) to assemble computers for the European market. Whilst the computers assembled by A and B are not entirely identical, the assembly work performed by the two enterprises is comparable. In addition, the two companies run similar risks (i.e. the computer manufacturer from country Y also holds and retains the title to both the components used and the finished products). This means that A and B perform comparable functions. B's aggregate costs are estimated at EUR 160.

Using the TNMM method, the transfer price may be calculated as follows:

Indirect and direct assembly costs + overhead costs	160	(100%)
Net profit mark-up	16	(10.3%)
Price set	176	(110.3%)

3. Administrative approaches for avoiding and resolving disputes on transfer pricing (Chapter IV)

3.1. Mutual agreement procedures (Paragraph 4.61)

3.1.1. General

The number of mutual agreement and arbitration procedures with treaty countries is growing as a result of the rapid globalisation of the economy coupled with the increasing interest of tax administrations in transfer pricing issues. Accordingly, it is becoming increasingly important for the business community to be aware of the policies and procedures followed by the Netherlands' government in relation to such mutual agreement and arbitration procedures. The Netherlands aims at resolving issues of double taxation caused by transfer pricing adjustments as quickly as possible, and wishes to minimise the (administrative) burden placed on the private sector as a result of such adjustments.

All of the treaties for the avoidance of double taxation that the Netherlands has entered into contain a clause that is comparable to Article 25 of the OECD Model Tax Convention. In addition, for Member States of the European Union, the Convention on the Elimination of Double Taxation in Connection with the Adjustment of Profits of Associated Enterprises (henceforth the Arbitration Convention (90/436/EEC)) applies since 1 January 1995. Unlike the mutual agreement procedures, the Arbitration Convention actually obliges the signatories to eliminate double taxation.

Taxpayers are entitled to lodge an objection or appeal if they are of the opinion that a profit adjustment is not justified. In addition, if the profit adjustment leads to international double taxation, taxpayers can also submit an application for a mutual agreement or arbitration procedure to the competent authority in either one of the Member States or both of the Member States involved.

3.1.2. Address for submitting the request

A request for the application of the mutual agreement article of a treaty or an Arbitration Convention procedure should be addressed to the competent authority, i.e.:

The Ministry of Finance
Director of International Tax Policy and Legislation
P.O. Box 20201
2500 EE The Hague
The Netherlands

Requests for a reduction in previous tax assessments resulting from transfer pricing adjustments either already made or likely to be made in the future by foreign tax administrations (i.e. requests for corresponding adjustments) should be addressed to the Ministry of Finance for the attention of the Director of the International Tax Policy and Legislation Directorate.

The competent authority will send a copy of all applications to the Co-ordination Group on Transfer Pricing (*Coördinatiegroep verrekenprijzen*, CGVP) for their advice. The CGVP was set up in March 1998 (see the Decree of 30 March 2001, No. RTB/1365M). In all cases, consultation will take place between the CGVP and the International Tax Policy and Legislation Directorate on the final position.

Where requests for corresponding adjustments in relation to either past or future tax assessments are received by the competent tax inspector, the latter should pass on such applications to the CGVP. The CGVP is responsible for soliciting the views of the International Tax Policy and Legislation Directorate on the matter and will give the inspector a binding advice on how the application should be dealt with.

3.1.3. Deadline for submitting the request

Article 25 of the OECD Model Tax Convention states that requests for competent authority assistance must be presented within three years from the first notification of the action resulting in international double taxation. Article 6 of the Arbitration Convention contains a similar clause.

Neither the commentary on Article 25 of the OECD Model Tax Convention and the Arbitration Convention, nor the text of the articles themselves, make it clear what exactly is meant by the term "first notice". The position taken by the Netherlands' government is that the taxpayer's request is regarded as having been submitted in time if it is received within three years either of the date of the assessment incorporating the adjustment or of the date on which justification was given for the adjustment, should this be later. As the mutual agreement and arbitration procedures involve more than one state, the taxpayer should ascertain the position adopted by the other state with regard to the starting date of the three-year period. If the other state has a different position, this could result in the three-year period commencing on a date prior to that on which the three-year period starts in accordance with the Netherlands' position.

Where the period quoted in the mutual agreement clause in a specific tax treaty differs from the period of three years referred to above, the taxpayer should take regard of the text of the mutual agreement clause and the commentary on this clause in the treaty. As long as there is no conflict either with the tax treaty in question or with the commentary on the treaty, the principle outlined in the preceding paragraph will be followed by analogy.

3.1.4. Concurrency of the objection and appeal procedure and the mutual agreement procedure

In principle, the competent authority in the Netherlands will not consult the competent authority in the other state involved as long as the taxpayer has the possibility under Netherlands' law (i.e. in the form of an objection, an appeal or an appeal in cassation) to contest a tax assessment resulting either from an adjustment or from the rejection of an application for a corresponding adjustment. The competent authority in the other state will, however, be informed that an application for a mutual agreement or arbitration procedure has been received. The reason for not starting consultation is the fact that, until the domestic procedure has been completed, it is not clear whether or not any international double taxation will indeed arise and, if so, what amount will actually be involved.

In certain situations, however, it may be highly inefficient for the competent authority to wait for the completion of all domestic procedures before starting a consultation with a foreign competent authority. For this reason, taxpayers are offered the possibility to request the competent authority to enter into consultation with the competent authority of the foreign state in question, in spite of the fact that the domestic procedures are still pending. A request to this effect will be granted only if the following conditions are met:

- the request for an early commencement of consultation must be made to the competent authority within six weeks of the date of the decision taken on the applicant's letter of objection. The request should be accompanied by a copy of the appeal (either substantive or pro forma) lodged with the Court of Appeal;

- the competent authority will only start the consultation after the Court of Appeal has approved the suspension of legal proceedings for the duration of the mutual agreement or arbitration procedure. To this end, the taxpayer is required to produce a written statement indicating his willingness to lend his full co-operation for a period of two years in obtaining the Court of Appeal's approval for the suspension of legal proceedings or, as the case may be, for the extension of the suspension of legal proceedings. Upon the expiry of this two-year period, the taxpayer is free to request the Court of Appeal to recommence legal proceedings;
- the tax administration and the taxpayer should sign a determination agreement in which the taxpayer undertakes immediately to cease legal proceedings if the mutual agreement or arbitration procedure leads to the elimination of the international double taxation in accordance with the mutual agreement or arbitration clause in the relevant treaty; and
- the competent authority is entitled to deny a request for an early commencement of consultation if the inspector submits detailed evidence showing that the taxpayer has failed to comply with his administrative obligations, as a result of which the burden of proof with respect to the adjustment to which the adjustment relates has been transferred to the taxpayer.

The competent authority in the other state may well not be prepared to assist in the early commencement of the mutual agreement or arbitration procedure, for example, because it feels that there is not sufficient certainty as to the existence of the international double taxation in question. If this situation occurs, the Netherlands' competent authority should notify both the taxpayer and the competent tax inspector immediately. Once they have received this notification, both the taxpayer and the tax inspector are entitled to request the Court of Appeal to recommence legal proceedings.

3.1.5. Start of the two-year period referred to in Article 7 of the Arbitration Convention

The Decree of 13 October 1997 (No. IFZ97/1113M) and the letters of 19 December 1997 (No. IFZ97/1515) and 15 April 1998 (No. IFZ98/266U) from the State Secretary for Finance to the Permanent Finance Committee of the Lower House of the Netherlands' Parliament set out the government's position on the Arbitration Convention. The Decree of 13 October 1997 (No. IFZ97/1113M) sets out the government's position on the start of the two-year period referred to in Article 7 of the Arbitration Convention. According to the wording of the latter decree, the Netherlands assumes that the two-year period does not start until the competent authority in the other state has rejected the adjustments made by the first state and the tax assessment incorporating the adjustments has been irrevocably determined. Developments in neighbouring countries have caused the Netherlands' government to revise its position on the two-year period. The period is now assumed to start on the later of the following two dates:

- the date on which the tax assessment incorporating the adjustments is irrevocably determined;
and
- the date on which the competent authority receives the request.

In principle, it is up to the taxpayer to decide whether or not to invoke the Arbitration Convention straightaway or to avail himself first of the various legal remedies available under Netherlands' law. For the remainder, the decrees referred to above retain their validity.

Even in situations in which the competent authority has started the "early" consultation with the other state involved, as described in section 3.1.4., the wording of Article 7, Paragraph 1, second sentence, of the Arbitration Convention means that the two-year period does not start until the tax assessment incorporating the adjustments has been irrevocably determined. In terms of Article 7, Paragraph 4, of the Arbitration Convention, however, this requirement may be ignored, provided that this is done with the agreement of both the competent authorities and the associated enterprises in question. In terms of this article, the Netherlands' competent authority, acting on the request of the associated enterprises, will suggest to the competent authority in the other state that the two-year period should be limited to no more than twelve months after the date on which the tax assessment incorporating the adjustments has been irrevocably determined.

A request to this effect from the associated enterprises in question must be received by the Netherlands' competent authority within six weeks of the date on which the tax assessment incorporating the adjustments has been irrevocably determined. A copy of the proposal to reduce the term will be submitted to the taxpayer at the same time the proposal is submitted to the other competent authority. As soon as the competent authority receives a reply to the request, the taxpayer will be notified.

3.1.6. Oral explanation by the taxpayer

To a greater extent than in other situations, the underlying facts and circumstances play a key role in making and substantiating transfer pricing adjustments. In most cases, the underlying facts and circumstances are both complex in nature and numerous in quantity. Experience shows that taxpayers involved in mutual agreement and arbitration procedures relating to transfer pricing adjustments would like an opportunity to explain their position orally to the competent authority. In the light of this apparent need, taxpayers will upon request be given an opportunity to give such an oral explanation. Taxpayers may indicate, when submitting a request for a mutual agreement or arbitration procedure to be put into motion, that they wish to avail themselves of this opportunity.

3.1.7. Deadline for making a corresponding adjustment by means of a reduction ex officio in the tax assessment

It is frequently the case that, when a foreign state makes a transfer pricing adjustment, the corresponding tax assessments in the Netherlands have already been irrevocably determined. In such an event, a corresponding adjustment will, if necessary, be made in the form of a reduction ex officio in the tax assessments. The Decree on reductions ex officio in irrevocable tax assessments (the Decree of 25 March 1991 (DB89/735)) has given the tax administration a period of five years (plus any extension that has been granted to the taxpayer) in which to grant a request for a reduction ex officio. This period may be extended by a further five years if a reasonably recognisable error has been made. In certain situations in which a mutual agreement procedure has been conducted as a result of transfer pricing adjustments, the five-year period has been found to be too short, despite the fact that the time limits set for the submission of requests in the relevant tax treaty or in the Arbitration Convention have been met.

I agree to an extension of the five-year period in such cases, on condition of course that sufficient data are available to substantiate the existence of international double taxation.

3.1.8. Transfer pricing adjustments and interest charges (*Paragraphs 4.64 - 4.66*)

In addition to the actual transfer pricing adjustment that forms the subject of the mutual agreement or arbitration procedure, differences between the arrangements made by the respective states with regard to the collection and assessment of interest charges related to the adjustments may also cause international double taxation. In some cases, the amount of interest due may actually be larger than the tax charge. For this reason, Section 30k of the General Tax Act (*Algemene Wet inzake Rijksbelastingen*) and Section 31a of the Tax Collection Act 1990 (*Invorderingswet 1990*) create the possibility of including interest payments in any compromise reached in a mutual agreement procedure. When conducting mutual agreement and arbitration procedures, the Netherlands' government will seek to ensure that the assessment and collection of interest charged by one state and paid by the other state match each other.

Where the Netherlands is the state making the adjustment, the Netherlands' tax administration will upon request grant a deferral of payment on that part of the tax charge that is related to the adjustment. In principle, deferral will be granted until the date on which both the domestic and the international procedures for resolving the dispute have been completed. The policy in this respect will be based on the policy applying to objections lodged against tax assessments (see Article 25, Paragraph 2, of the Tax Collection Guidelines 1990 (*Leidraad Invordering 1990*)). The Tax Collection Guidelines 1990 will be amended on this point. This means that the entities involved will, apart from the obligatory collection and assessment interest, not have any other form of loss of interest. The above will resolve the interest and financing problems that can be caused by mutual agreement and arbitration procedures.

4. Secondary adjustments (*Paragraphs 4.67 - 4.77*)

Paragraphs 4.67 to 4.77 of the OECD Guidelines deal with the consequences of secondary transactions. Most countries do not limit transfer pricing adjustments to adjustments of taxable income, but also require that a secondary transaction is made so that the taxpayer's accounts reflect the way in which the adjustment made to the taxpayer's profit and loss account and balance sheet has been processed. A secondary transaction may take the form of an adjustment to a current account, a distribution of income or an informal capital payment. The Netherlands' authorities always require a transfer pricing adjustment to be processed by means of a secondary transaction. A secondary transaction may lead to a secondary adjustment, such as the attribution of interest to the current account, the levying of dividend withholding tax on a distribution of income, or the levying of capital duty on an informal capital payment. Systems differ from one country to another, and this means that the foreign tax authority in question may not be prepared, for example, to credit the dividend withholding tax against its own tax because it does not recognise the payment of a deemed dividend. The secondary adjustment is not performed if the taxpayer is able to demonstrate that, in the light of the difference between the tax systems used by the two states, the dividend withholding tax paid cannot be credited and there is no situation of abuse aimed at the avoidance of dividend withholding tax.

5. Arm's length pricing when valuation at the time of the transaction is highly uncertain (*Paragraphs 6.28 - 6.35*)

Where intangible assets such as patents are transferred, it may be difficult to establish the value at the time of the transfer because not enough information is available about the future benefits and risks. Paragraph 6.34 states in this respect that, if independent enterprises under similar conditions would have demanded a price adjustment clause, a tax administration must be permitted to calculate the price using this type of clause. This refers to an arrangement whereby the fee is commensurate with the benefits that the intangible asset will generate in the future.

Agreeing to a benefit dependent fee contributes to taxation that is more in accordance with the actual results obtained. In certain circumstances, the Netherlands' tax administration also takes the position that it is not at arm's length to agree on a fixed price if there is very little certainty about the asset's value at the time of the transaction, as unrelated third parties would not agree on a fixed price in a similar situation.

In such cases, a price adjustment clause should be incorporated into the contract between the associated enterprises stating that the price charged depends partly on the level of future income. An example would be the situation in which a new intangible asset has been developed that is sold to an associated enterprise at a time when there are very few guarantees as to its future success, for instance because it has yet to generate any revenue and any estimates of future revenue are surrounded by major uncertainties. In these circumstances, it is very difficult value the asset at the time of the transaction and it would be sensible for the parties to use an arm's length price adjustment clause (see, for example, the Supreme Court decision of 17 August 1998 (No. 32.997, BNB1998/385)).

6. Intra-group services (*Chapter VII*)

According to the arm's length principle, an intra-group service is an activity performed for a group entity that adds economic or commercial value and for which the group entity concerned would normally have been willing to pay. This does not apply to activities performed as a shareholder. The taxpayer can choose one of the methods described above for calculating the transfer price. In principle, remuneration is regarded as arm's length only if it includes an appropriate profit mark-up. The only exception to this requirement is the situation described in Paragraph 7.33 of the OECD Guidelines.

As far as charging for intra-group services is concerned, the OECD Guidelines express a clear preference for a direct method (Paragraph 7.20). Experience shows, however, that indirect methods are also frequently used, because of the major practical problems that the direct method can cause.

Where such practical problems occur, the Netherlands' tax authorities will accept the indirect method chosen by the taxpayer. Obviously, the method must produce a reliable result that is in accordance with the arm's length principle. For the purposes of an allocation key, the relationship between turnover, the number of personnel, or the human resource expenses could be relevant. An allocation key in which the price charged depends on the level of profit is not regarded as generating a result that is in accordance with the arm's length principle.

7. Contributions to a Cost Contribution Arrangement (CCA) with a profit mark-up (Chapter VIII)

Paragraph 8.15 of the OECD Guidelines leaves member countries the option of using both market prices (with a profit mark-up) and cost (without a profit mark-up) for the calculation of contributions to a CCA.

Some countries give a precise definition of the transactions between related parties which can be regarded as a CCA (without a profit mark-up) and transactions which can be regarded as services (with a profit mark-up). A CCA is defined here as an agreement between related parties in which each of the participants makes a relatively similar contribution and receives relatively similar benefits, and these contributions and benefits are permanently in balance. The Netherlands does not offer a specific definition of what can be classified as a CCA. In principle, a profit mark-up need not be added in a situation where each of the parties makes a similar contribution and receives relatively similar benefits, so that the mutual relationship is fairly in balance. Whether or not such a balance has actually been achieved in practice is a matter that has to be assessed on a case-by-case basis. When embarking on a CCA, one problem is how to make a correct assessment of the likely contributions and benefits for the various participants. The Netherlands takes the position that in principle a profit mark-up is always required on intercompany transactions. If interested parties nevertheless choose not to add a profit mark-up, that choice will have to be properly substantiated. In this respect, see the recommendations on the form of documentation to be supplied in Paragraph 8.40 of the OECD Guidelines.

Certain countries may not allow a mark-up to be charged. In such cases, they may well permit a fee to be charged for the capital tied up in the activities in question. Both methods may lead to the same result. The Netherlands' tax administration may give its consent to a particular *modus operandi* in the light of the acceptability of charges in certain countries, provided that the result is in accordance with the OECD Guidelines.

8. Arm's length fee for financial services

Financial services exist in a vast variety of forms. Here too, an arm's length price should be calculated on a case-by-case basis, based on the functions performed and on a comparison with transactions between third parties. If the functions of a financial service company consist primarily in supplying loans, the functions performed by the company in question are basically comparable with the functions performed by independent financial institutions operating under the supervision of the Netherlands' Central Bank (*De Nederlandse Bank*). The application of the arm's length principle implies that the arm's length price for the functions performed should be based on the fees charged by these institutions for comparable services.

Basically, there are four aspects that financial institutions, the functions of which consist of supplying loans, take into account when deciding whether or not to make a loan and, if so, on what conditions this should be made and what level of fee they should charge.

- *Financial risk.* In order to determine the financial risk assumed by the lender, the borrower's financial position is assessed on the basis of its balance sheet and profit and loss account.
- *Debtor risk.* Three specific aspects are scrutinised in order to measure the debtor risk, i.e. the presence of collateral, the purpose of the loan and the term of the loan.
- *Business risk/classification of the quality of the loan.* The assessment of this type of risk is based on the lender's views on the sector in which the borrower is active.
- *Structural risk.* The calculation of this type of risk is based on the classification (ratings) assessed by independent credit rating agencies.

In principle, these elements should be taken into account in determining the arm's length fee which an associated lender should charge.

Independent financial service providers calculate the charges for their loans by adding a number of mark-ups or surcharges to the basic cost of funding, i.e. a surcharge to take account of solvency requirements, a surcharge to take account of the credit risk, a handling fee and a mark-up for any foreign exchange risk that may be involved. The credit risk should be calculated on the basis of the contractual terms of the loan and the results of the risk analysis described above. The contractual terms of the loan also affect the degree of foreign exchange risk. Independent financial service providers always link the size of the fee charged to either the amount of money borrowed or the market value of assets held under management.

A surcharge to take account of solvency requirements may be based on the lender's own solvency or on the solvency of an associated enterprise that is acting as a guarantor, as in the latter case it is the guarantor's capital that is at risk. In the former case, the surcharge will consist of an arm's length fee for the equity that the lender needs to retain for the purpose of the transaction. In the latter case, the enterprise acting as a guarantor will in principle charge a fee in return for placing its capital at risk. The solvency surcharge charged by the lender should at least consist of the cost of the guarantee.

If either the incoming or the outgoing interest payments are liable to withholding tax, the price charged in a transaction involving two unrelated enterprises will generally take account of which of the two ultimately pays the tax.

9. Subsidies, tax incentives and costs subject to deduction restrictions

It is clear from practical experience that, particularly in situations in which the cost-plus method is used for determining an arm's length price, the question arises as to whether or not subsidies and tax benefits should be deducted from the cost base. The basic rule in the Netherlands is that subsidies may be deducted from the cost base if there is a direct relationship between the subsidy and the product or service supplied, and the subsidy is granted in the form of a discount or a cost allowance.

This would be the case, for example, with a subsidy granted for the use of relatively expensive but environmentally friendly materials, a grant awarded on the purchase of an energy-efficient piece of machinery, or a grant made under the government's investment grant scheme (*investeringspremieregeling* (IPR)). Conversely, additional taxes, for example, in connection with the use of materials that are detrimental to the environment, will lead to an increase in the level of the cost base. Reduction remittances referred to in Section 3 of the Wages and Salaries Tax Act (*Wet vermindering afdracht loonbelasting en premie voor de volksverzekeringen*) reduce wage costs and result in a lower cost base for the application of the cost-plus method.

Subsidies and tax benefits granted specifically to the entity in question without any causal link with the cost-plus activity do not lead to a lowering of the cost base. Insofar as these form part of the pre-tax profit, they are credited individually to the profit and loss account.

If the tax benefits in question are granted in the form of tax credits or allowances that may be deducted from the enterprise's taxable income, allowances for work-related training and investment allowances may not be deducted from the cost base. The rule is that the profit should first be calculated using the cost-plus method, after which the allowance is deducted separately from the taxable income.

Under Netherlands' tax law, certain types of cost are not fully deductible. This applies, for example, to costs incurred under Section 3.14 of the Income Tax Act 2001. At the same time, these costs do form part of the cost base to which the cost-plus mark-up is applied. The restriction on the deduction of these costs is implemented by adding the non-deductible part of the cost to the profit when determining the taxable profit.

10. Allocation of profit to headquarters and permanent establishments

The arm's length principle applies by analogy to the permanent establishments of foreign taxpayers.

This is in accordance with the existing practice of allocating profits to a foreign taxpayer's permanent establishment under Article 7 of the OECD Model Tax Convention. The country in which the permanent establishment is located is entitled to tax any profits that can be allocated to the permanent establishment in question. Revenue and expenditure are divided between the headquarters and the permanent establishment in accordance with the functions performed by each of them, as if they were unrelated enterprises. This means that an arm's length price should be used for internal supplies of goods and services, except where the commentary on Article 7 of the OECD Model Tax Convention, the Double Taxation Avoidance Decree 2001 (*Besluit voorkoming dubbele belasting* 2001) and/or Netherlands' case law impose certain restrictions on such practices

Any assets transferred to a Netherlands' permanent establishment by the foreign headquarter (i.e. including intangible assets) are valued at fair market value. This applies equally to goodwill. For the purpose of calculating the profit made by the Netherlands' permanent establishment, depreciation of the fair market value of the goodwill and other fixed assets is taken into account.

In order to prevent either all or part of the capitalised value from being disregarded by the relevant foreign tax authorities, the treaty partner will be informed of the capitalised value of the assets in question.

Under the provisions of Article 9 of the Double Taxation Avoidance Decree 2001, the above also applies to the mirror image situation in which the taxpayer needs to calculate the amount of profit that is attributable to a foreign permanent establishment (see also the Decree of 22 January 1996 (No. DGO96/06916)).

Article 7, Paragraph 3, of the OECD Model Tax Convention lays down certain rules for the deduction of costs from the profit allocated to the permanent establishment. Managerial fees and general administration charges are regarded as qualifying costs irrespective of the country in which these are incurred. In connection with this, Paragraph 3 of Article 7 should be seen as a clarification of, and not as a restriction on, Paragraph 2 of Article 7.

11. Entry into force

This Decree enters into force on 1 April 2001

12. Application to current policy

The publications listed below under points 1 to 11 apply exclusively to rulings (including "quasi" rulings) which, under the transitional arrangement set out in the Decree of 21 December 2000 (No. RTB2000/3227M), are due to expire after 31 March 2001. I should like to point out for the sake of clarity that any rulings currently in force that are consistent with the policy as at 31 March 2001 and which are due to expire before 31 December 2005 will be extended to 31 December 2005, unless the taxpayer wishes to adhere to the earlier date specified in the ruling. It goes without saying that the applicability of the ruling may not be extended beyond 31 December 2005.

The published, tailor-made rulings listed under point 12 below continue to remain valid in accordance with the provisions of the first paragraph with regard to rulings and "quasi" rulings. These publications also remain valid, provided that the policy set out therein is unconnected with the policy that is to be revoked as described in points 1 to 11 below, and on condition that there is no conflict with the provisions of the present decree. The policy on the participation exemption and the provision of advance assurance on the participation exemption remain unchanged.

1. Decree of 25 April 1985 (No. 084-2737); Tax treatment of certain intra-group activities (BNB1985/196).
2. Announcement of 7 May 1985 (No. 285-6549) by the State Secretary for Finance on the treatment of foreign sales corporations, as published in *Infobulletin* 1985/253. This publication contains the letter of 3 December 1985 (No. 284-17129) from the State Secretary for Finance and the letter of 25 March 1985 (Ref. 285-4056) from the State Secretary for Finance.
3. Letter of 15 October 1985 from the State Secretary to the Permanent Finance Committee of the Lower House of the Netherlands' Parliament, and of 24 December 1986 to the Secretary General of the Lower House of the Netherlands' Parliament (Proceedings II, 19700, Chapter IXB). Nos. 25 and 36 respectively.
4. Decree of 6 June 1989 issued by the State Secretary for Finance, Policy on the extension and termination of tax rulings, Government Gazette (*Staatscourant*) 107.

5. Announcement of 8 August 1989 (No. DB89/3695) by the State Secretary for Finance, Profit ruling on perpetual loans, as published in *Infobulletin* 1989/504.
6. Decree of 26 April 1990 (No. CA90.3) issued by the State Secretary for Finance, Explanatory notes on the concentration of the treatment of rulings, and the reprint of 15 September 1997.
7. Announcement of 4 February 1993 (No. DB93/228) by the State Secretary for Finance, Spreads for finance rulings/arm's length remuneration in respect of finance companies, published in V-N1993/496, point 19, and the revised edition published in V-N1993/606, point 20.
8. Decree of 5 March 1993 (No. DB93/881) issued by the State Secretary for Finance, Ruling, mixed expenses under "Oort" regulations and cost-plus rulings, second reprint of 15 September 1997.
9. Model book rulings, Tax Ruling Team at Local Office for Business Taxpayers/Large Companies in Rotterdam, September 1993.
10. Announcement by Local Office for Business Taxpayers/Large Companies in Rotterdam, unnumbered and undated, guidelines on ruling companies, V-N1994/173, point 28.
11. Brochure outlining the ruling policy, *Financiënreeks* 95-3, 17 February 1995, DB95/761M.
12. Published non-standard, tailor-made rulings:
 - Letter of 15 March 1990 from the State Secretary for Finance (No. DB 90/1475);
 - Letter of 20 February 1992 from the State Secretary for Finance (No. DB92/831);
 - Letter of 7 January 1993 from the State Secretary for Finance (No. DB92/6363);
 - Decree of 16 September 1994 (No. V-N1994, p. 3018) issued by the State Secretary for Finance;
 - Letter of 11 October 1994 from the State Secretary for Finance;
 - Letter of 14 December 1994 from the State Secretary for Finance (No. DB94/4108M);
 - Decision of 18 June 1999 (No. WJB99/534) taken by the State Secretary for Finance, V-N1999/31.27;

- List of non-standard rulings for the period from 1995 to 1998, as published in *Fiscaal up to Date* of 7 December 1999, No. 1999-1854, p. 5 ff; and
- List of non-standard rulings for the period from 1999 to mid-September 2000, as included in Annexe 4 to the letter of 20 November 2000 (No. G2000-00454) from the State Secretary for Finance to the Lower House of the Netherlands' Parliament.

The Decree of 18 December 2000 (No. IFZ2000/1327M, transfer of goodwill to a permanent establishment in the Netherlands) is repealed as of 1 April 2001, given that its contents are incorporated into the present decree.

=====

PORTUGAL

BERICHT DER PORTUGIESISCHEN REPUBLIK

Die Regierung der Portugiesischen Republik -

Unter Berücksichtigung des Arbeitsprogramms der Gruppe "Verhaltenskodex" (Unternehmensbesteuerung) und insbesondere der Vorlage eines Berichts bis zum 10.10.2001, sowie in Erwägung nachstehender Gründe:

Im Primarolo-Bericht wurde lediglich die Maßnahme B6, finanzwirtschaftliche Tätigkeiten in der Freizone Madeira, als schädlich eingestuft.

Hierbei handelt es sich um eine Sondermaßnahme mit besonderen Merkmalen, die von der Gruppe "Verhaltenskodex" als solche gebührend zu beurteilen und in die Kategorie der staatlichen Beihilfen steuerlicher Art aufzunehmen ist, da sie Bestandteil einer einheitlichen, kohärenten Entwicklungspolitik für eine kleine Insel in äußerster Randlage ist, die nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im sozialen Bereich mit starken Zwängen und strukturellen Defiziten zu kämpfen hat.

Die Kommission hat diese Regelung mehrmals als staatliche Beihilfe mit Wirkung bis zum 31. Dezember 2011 genehmigt, wobei die letzte Genehmigung am 31.12.2000 endete.

Angesichts dessen hätten die oben genannte Maßnahme und insbesondere die nach Buchstabe G des Kodex vorgelegten Berichte über die Angemessenheit der Regelung im Verhältnis zu den angestrebten wirtschaftlichen Zielen von der Gruppe "Verhaltenskodex" sorgfältig geprüft werden müssen.

Im Gegensatz zu dem Vorgehen gegenüber den Delegationen der übrigen Mitgliedstaaten ist der von Portugal nach Buchstabe G des Verhaltenskodex vorgelegte zweite Bericht nie in der Gruppe erörtert worden.

Portugal ist mit der weiterhin aufrechterhaltenen Beurteilung der Maßnahme B6 nicht einverstanden und hat seinen Standpunkt in Fußnote 8 des "Primarolo-Berichts" eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Bezüglich der staatlichen Beihilfe mit regionaler Zielsetzung hat die Kommission ein Untersuchungsverfahren hinsichtlich der Regelung für das Jahr 2000 unter Berücksichtigung der neuen Leitlinien für derartige staatliche Beihilfen eingeleitet.

Die steuerrechtliche Regelung für die finanzwirtschaftlichen Tätigkeiten in der Freizone Madeira ist mit Wirkung vom 1. Januar 2001 für die Zeit bis zum 31. Dezember 2006 entscheidend geändert worden, insbesondere durch die Einführung einer progressiven Anhebung des Körperschaftsteuersatzes, und diese Änderungen sind derzeit Gegenstand von Verhandlungen mit der Kommission im Zusammenhang mit den staatlichen Beihilfen mit regionaler Zielsetzung -

erklärt Folgendes:

1. Die von Portugal in der Vergangenheit erhobenen Einwände gegen das Verfahren zur Beurteilung der Maßnahme B6 hinsichtlich der finanzwirtschaftlichen Tätigkeiten in der Freizone Madeira sind weiterhin gültig.

Die Regelung wurde nämlich nicht, wie unter Buchstabe G des Verhaltenskodex vorgesehen, unter dem Gesichtspunkt ihrer Angemessenheit im Verhältnis zu den angestrebten wirtschaftlichen Zielen beurteilt. Portugal erhält alle in Fußnote 8 des "Primarolo-Berichts" erhobenen Einwände aufrecht und ist weiterhin keineswegs mit der Einstufung der Regelung als schädliche Maßnahme und auch nicht mit dem in dieser Hinsicht angewandten Verfahren einverstanden.

2. Da die Kommission eine Untersuchung in Bezug auf das Jahr 2000 eingeleitet hat und über einige Änderungen der Steuerregelung, die ab dem 1.1.2001 gelten sollten, derzeit noch verhandelt wird, wurden seit dem 1.1.2000 keine neuen Teilnehmer zu dieser Regelung zugelassen.
3. In Bezug auf die Rücknahme der Regelung vertritt Portugal die Ansicht, dass eine Maßnahme nicht zurückgenommen werden kann, die nicht ordnungsgemäß als schädlich eingestuft worden ist.

Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass der Primarolo-Bericht nie förmlich vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) angenommen worden ist.

Portugal hat jedoch, wie bereits erläutert, hinsichtlich der staatlichen Beihilfen mit regionaler Zielsetzung entscheidende Änderungen an der Regelung vorgenommen, die vom 1. Januar 2001 bis 31. Dezember 2006 gelten soll. Hervorzuheben ist in dieser Hinsicht insbesondere die progressive Anhebung des Körperschaftsteuersatzes. Diese Änderungen sind derzeit im Zusammenhang mit der Notifizierung der jeweiligen staatlichen Beihilfen mit regionaler Zielsetzung noch Gegenstand von Verhandlungen mit der Kommission.

SPANIEN

RÜCKNAHME - INFORMATIONEN ÜBER DIE SPANISCHEN MASSNAHMEN

Wie in der Sitzung der Gruppe "Verhaltenskodex" vom 28. Juni 2001 vereinbart, legt die spanische Delegation hiermit Informationen zu den Verwaltungs- und Gesetzgebungsverfahren vor, die im Hinblick auf die Rücknahme der im Rahmen des Verhaltenskodex als schädlich eingestuften spanischen Maßnahmen und insbesondere hinsichtlich neuer Teilnehmer eingeleitet wurden oder geplant sind.

- **A4: Lenkungs-, Koordinierungs- und Finanzzentren im Baskenland**

Wie bereits der Kommission mitgeteilt, haben die Provinzen (Territorios Forales) Álava, Vizcaya und Guipúzcoa im Gemischten Ausschuss Zentralstaat-Baskenland (Comisión Mixta del Cupo Estado-País Vasco) am 18. Januar 2000 den Beschluss Nr.1/2000 gefasst, die nach ihren jeweiligen Rechtsvorschriften vorgesehenen Koordinierungszentren abzuschaffen.

Derzeit steht nur noch die Aufhebung der betreffenden Maßnahme in Vizcaya aus. Wir hoffen, dass die Aufhebung bis zum 31. Dezember 2001 erfolgt oder dass der Verpflichtung eingegangen wird, keine neuen Zulassungen vorzunehmen.

- **A5: Lenkungs-, Koordinierungs- und Finanzzentren in Navarra**

Wie im Ersten Abkommen des Ausschusses für die Zusammenarbeit von Zentralstaat und Region Navarra (Junta de Cooperación Estado-Comunidad Foral de Navarra) vom 16. Januar 2001 vorgesehen, wurden mit dem Regionalgesetz 8/2001 vom 10. November die gesetzlich vorgesehenen Koordinierungszentren abgeschafft.

- **C25: Erkundung und Ausbeutung von Kohlenwasserstoffvorkommen**

Was die steuerliche Regelung hinsichtlich der Erkundung und Ausbeutung von Kohlenwasserstoffvorkommen nach Kapitel X des Körperschaftsteuergesetzes 43/1995 vom 27. Dezember anbelangt, so beabsichtigt die Regierung, die festgelegten Fristen einzuhalten und hierzu die allgemeine Reform dieses Steuergesetzes, die derzeit geprüft wird, zu nutzen.

Zur Anwendung dieser Regelung bedarf es keiner behördlichen Genehmigung, sie findet automatisch Anwendung. Daher kann vor der Aufhebung dieser Regelung keine rechtliche Maßnahme ergriffen werden, um zu verhindern, dass neue Teilnehmer hinzukommen.

Obwohl keine Genehmigung für den Zugang zu der steuerrechtlichen Regelung erforderlich ist, muss allerdings das entsprechendeungsverfahren abgewickelt werden, mit dem die zur Aufnahme der Arbeiten für die Erkundung und Ausbeutung von Kohlenwasserstoffvorkommen notwendige Erlaubnis, Genehmigung oder Konzession erteilt wird. Daher ist es unwahrscheinlich, dass im Rahmen dieser Steuerregelung neue Teilnehmer hinzukommen.

Im Übrigen ist Spanien bereit, in der Gruppe "Verhaltenskodex" zu prüfen, ob die in den Fußnoten des Berichts der Gruppe vom November 1999 enthaltenen Vorbehalte zurückgezogen werden können, sofern sich alle übrigen Mitgliedstaaten dem anschließen.

VEREINIGTES KÖNIGREICH

RÜCKNAHME SCHÄDLICHER MASSNAHMEN

VERMERK DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Im Bericht der Gruppe "Verhaltenskodex" vom November 1999 an den Rat "Wirtschaft und Finanzen" (SN 4901/99) wurden drei Regelungen in Gibraltar und sechzehn in vier abhängigen Gebieten des Vereinigten Königreichs als Maßnahmen mit schädlichen Merkmalen eingestuft.

In der Gruppe "Verhaltenskodex" und im Rat "Wirtschaft und Finanzen" hat sich das Vereinigte Königreich damit einverstanden erklärt, sich im Rahmen eines ausgewogenen Rücknahmeprogramms um die Rücknahme dieser im Bericht der Gruppe als schädlich eingestuften Maßnahmen zu bemühen.

Nach Buchstabe M des Verhaltenskodex ist das Vereinigte Königreich verpflichtet, die Anwendung der im Kodex aufgeführten Grundsätze in seinen abhängigen Gebieten "im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Bestimmungen" zu gewährleisten. Im Bericht des Vereinigten Königreichs an die Gruppe "Verhaltenskodex" vom November 1998 (Dok. 13193/98, FISC 179) werden diese Bestimmungen näher erläutert. Die Steuergesetze werden von den direkt gewählten Parlamenten der unmittelbar der Krone unterstehenden Gebiete bzw. der Überseegebiete erlassen. Im Lichte seiner Zusagen an die Gruppe "Verhaltenskodex" bemüht sich das Vereinigte Königreich aktiv um das Rücknahmeverfahren. Es wurden umfassende Beratungen mit den Regierungen von Gibraltar sowie der übrigen betroffenen abhängigen Gebiete aufgenommen, bei denen die Haltung des Vereinigten Königreichs wiederholt deutlich gemacht wurde.

Das Vereinigte Königreich ist der Auffassung, dass im Hinblick auf seine Verpflichtung nach Buchstabe M des Kodex (auch in Bezug auf die neuen Teilnehmer und das Rücknahmeverfahren), zu der es sich erneut bekennt, Fortschritte am wirksamsten erreicht werden können, wenn alle Mitgliedstaaten klar und deutlich die gleiche Entschlossenheit zeigen, die Feststellungen der Gruppe ebenso streng auf sich selbst wie auf die abhängigen und assoziierten Gebiete anzuwenden.

Gibraltar

Gibraltar ist ein europäisches Hoheitsgebiet, dessen auswärtige Beziehungen das Vereinigte Königreich wahrnimmt, und gehört aufgrund der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs gemäß Artikel 299 Absatz 4 EGV zur Europäischen Union.

Nach dem Bericht der Gruppe vom November 1999 wurden die folgenden Regelungen als Maßnahmen mit schädlichen Merkmalen eingestuft:

- | | |
|------|---|
| A017 | Unternehmen nach dem Gesetz von 1992 (1992 Companies) |
| B012 | Steuerbefreite (Offshore-)Gesellschaften ("exempt companies") und Captive Versicherungsgesellschaften |
| B013 | "Anerkannte" (Offshore-)Gesellschaften ("qualifying companies") und Captive Versicherungsgesellschaften |

Überseegebiete und unmittelbar der Krone unterstehende Gebiete ("Crown Dependencies")

Nach dem Bericht der Gruppe vom November 1999 wurden die folgenden Regelungen als Maßnahmen mit schädlichen Merkmalen eingestuft:

Britische Jungferninseln	F056:	Internationale Wirtschaftsgesellschaften (International Business Companies)
Guernsey (einschl. Alderney)	F037:	Steuerbefreite Unternehmen
Guernsey (einschl. Alderney)	F038:	Internationales Kreditgeschäft
Guernsey (einschl. Alderney)	F040:	Internationale Einrichtungen
Guernsey (einschl. Alderney)	F042:	Offshore-Versicherungsgesellschaften
Guernsey (einschl. Alderney)	F043:	Versicherungsgesellschaften
Man (Isle of Man)	F061:	Internationale Wirtschaftsgesellschaften (International Business Companies, IBC)
Man (Isle of Man)	F062:	Steuerbefreiung für Unternehmen im Besitz von Nichtansässigen
Man (Isle of Man)	F063:	Steuerbefreite Versicherungsunternehmen
Man (Isle of Man)	F065:	Internationales Kreditgeschäft
Man (Isle of Man)	F066:	Offshore-Banktätigkeit
Man (Isle of Man)	F067:	Fonds-Verwaltung
Jersey	F045:	Steuerbefreite Unternehmen
Jersey	F046:	Internationale Finanzgesellschaften (International Treasury Operations)
Jersey	F047:	Internationale Wirtschaftsgesellschaften (International Business Companies, IBC)
Jersey	F078:	Konzerneigene Versicherungsgesellschaften (Captive Insurance Companies)

Die intensiven Beratungen des Vereinigten Königreichs mit seinen abhängigen Gebieten

2001

29. Oktober *Beratungen auf Beamtenebene mit Guernsey geplant*

23.-26. Oktober *Bilaterale Beratungen und multilaterale Beratungen auf Ministerebene mit allen abhängigen Gebieten in der Karibik geplant*

17. Oktober *Beratungen auf Beamtenebene mit Jersey geplant*

12. Oktober **Beratungen auf Beamtenebene mit Man (Isle of Man)**

9. Oktober **Treffen der Minister des Schatzamtes und des Amtes des Lordkanzlers mit Regierungsvertretern und Beamten von Guernsey**

Sept./Okt. **Regelmäßige Gespräche des Ministers im Außenministerium mit dem ersten Minister von Gibraltar**

25. September **Jahrestagung des Beirats für die Überseegebiete, auf der Vertreter des Schatzamts und des Außenministeriums alle Aspekte internationaler Steuerinitiativen erörtern. Vertreter der Kaimaninseln, der Britischen Jungferninseln, der Turks- und Caicosinseln, Montserrats und Bermudas nahmen teil.**

12. September **Treffen der Minister des Schatzamtes und des Amtes des Lordkanzlers mit Regierungsvertretern und Beamten von Jersey**

29. August **Beratungen auf Beamtenebene mit Man (Isle of Man)**

3. August	Halbjährliche Überprüfung der internationalen Fragen, die die unmittelbar der Krone unterstehenden Gebiete betreffen, durch das Amt des Lordkanzlers – Erörterung aller Aspekte mit Beamten und Politikern
31. Juli	Gespräch des ersten Ministers von Gibraltar mit Beamten über den Verhaltenskodex
24. Juli	Besuch des Ministers im Amt des Lordkanzlers in Jersey
4. Juli	Besuch des Ministers im Schatzamt in Man (Isle of Man)
26. Juni	Besuch von Man (Isle of Man) durch Beamte des Vereinigten Königreichs
28. Apr.–2. Mai	Besuch der karibischen Überseegebiete durch Beamte des Vereinigten Königreichs
11. April	Besuch von Vertretern des Vereinigten Königreichs in Jersey für eine Sitzung auf Beamtenebene
6. April	Sitzung auf Beamtenebene von Vertretern von Jersey und den Sonderberatern des Kanzlers in London
16. Februar	Besuch eines Vertreters des Innenministeriums in Jersey
Februar	Ministerielle Schreiben zum Verhaltenskodex an die unmittelbar der Krone unterstehende Gebiete, Sitzung im Schatzamt – Erörterung der verschiedenen Aspekte auf Beamtenebene
12. Januar	Halbjährliche Überprüfung der internationalen Fragen, die die unmittelbar der Krone unterstehenden Gebiete betreffen, Sitzung im Schatzamt – Erörterung aller Aspekte auf Beamtenebene
<u>2000</u>	
23. November	Bilaterale Gespräche des Ministers im Schatzamt mit Jersey
23. November	Bilaterale Gespräche des Ministers im Schatzamt mit Guernsey

- 22. November** **Bilaterale Gespräche des Ministers im Schatzamt mit Man (Isle of Man)**
- 10. November** **Besuch eines Vertreters des Innenministeriums in Man (Isle of Man);
Ministerrat erörtert die Richtlinie zur Zinsbesteuerung**
- 3.-5. Oktober** **Jahrestagung des Beirats für die Überseegebiete und anschließendes Seminar
zu Steuerfragen über die verschiedenen Aspekte der internationalen Steuer-
initiativen; Vertreter der Kaimaninseln, der Britische Jungferninseln, der
Turks- und Caicosinseln, Montserrats und Bermudas nahmen teil**
- 19.-21. Sept.** **Tagung der Commonwealth-Finanzminister in Malta – Erörterung des
schädlichen Steuerwettbewerbs und der OECD-Initiativen**
- 26. Juni** **Halbjährliche Informationssitzung für Vertreter der unmittelbar der Krone
unterstehenden Gebiete über "Europa und internationale Entwicklungen"
im Innenministerium; Erörterung aller Aspekte des Steuerpakets**
- 1999**
- 17. Dezember** **Halbjährliche Informationssitzung für Vertreter der unmittelbar der Krone
unterstehenden Gebiete über "Europa und internationale Entwicklungen"
im Innenministerium; Erörterung aller Aspekte des Steuerpakets**
- 19.-20. Oktober** **Tagung des Beirats für die Überseegebiete; umfassende Erörterung der
internationalen Initiativen**

=====